Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 207. Dienstag, den 5. September 1911. 18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Antrag Kanitz.

Der neue Reichstag, den wir in wenig Monden zu wählen haben, wird als eine seiner wichtigsten Aufgaben wiederum die Neuregelung unserer Handelsbeziehungen mit dem Ausland vorfinden. Denn die wichtigsten der jetzt geltenden Handelsverträge laufen im Jahre 1917 ab. Es ist deshalb von ungeheurer Wichtigkeit, die Wähler beizeiten darüber aufzuklären, was sie auf diesem Gebiete, das über das nackte Sattessen der Volksmassen entscheidet, von den verschiedenen Parteien zu erwarten haben. Leider sind aber die politischen Taten der Vergangenheit, denen wir die jetzigen Hungerzustände verdanken, der inzwischen herangewachsenen Generation fast gänzlich unbekannt. Über all dem Neuen, das täglich passiert, kommt man selten dazu, das Alte kennen zu lernen. Es sei deshalb hier an eine Episode aus unserer politischen Geschichte erinnert, die auf das Verhalten der Konservativen ein helles Licht wirft und niemals vergessen zu werden verdient.

In früheren Zeiten sind die Konservativen, die man heute als die sichersten Freunde hoher Zölle kennt, ebenso enragierte Freihändler gewesen. Erst seit die großen Gutsbesitzer sich von den Zöllen Vorteile versprachen, schwenkte die konservative Partei um. Das war im Jahre 1879. Nachdem ein Dutzend Jahre später Fürst Bismarck von der Regierung zurückgetreten und der Graf von Caprivi Reichskanzler geworden war, trat zwar nicht ein Umschwung, aber doch eine gewisse Hemmung in der deutschen Zollpolitik ein. Es lag das übrigens weniger an der Person des neuen Kanzlers als an dem Drange der Umstände. Bis dahin hatte Deutschland mit den meisten andern Staaten im Verhältnis der sogenannten „Meistbegünstigung“ gestanden. Das heißt, deutsche Waren durften bei der Einfuhr in jene Staaten nicht mit höhern Zöllen belegt werden als die Waren irgendeines andern Landes. Da nun dazumal Frankreich mit allen in Betracht kommenden Staaten günstige Handelsverträge besaß, so genoß Deutschland deren Vorteile ohne weiteres mit. Nun liefen aber die französischen Handelsverträge im Jahre 1892 ab, und da blieb denn nichts weiter übrig, als daß die deutsche Regierung sich bequemte, direkt Handelsverträge abzuschließen. Das hätte Bismarck vermutlich genau ebenso machen müssen wie Caprivi. Die hohen Zollsätze aber, die wir damals auf Getreide schon hatten, ließ sich natürlich kein andrer Staat gefallen. Sollten Handelsverträge zustande kommen, so mußten die Getreidezölle ermäßigt werden. Daß die Agrarier das nicht wollten, versteht sich von selbst, und so war es im Jahre 1894 höchst zweifelhaft, ob der damals zur Beratung stehende russische Handelsvertrag im Reichstag werde angenommen werden. In dieser Not stellte der Graf Caprivi die Aufhebung des Identitätsnachweises für ausgeführtes Getreide in Aussicht, die bald darauf auch verwirklicht wurde und den Agrariern noch heute ungeheure Vorteile bringt.

Aber die Agrarier waren weit entfernt, sich hiermit zufrieden zu geben. Sie dachten die Gunst der Stunde noch ganz anders auszunutzen. Die — übrigens ganz mäßige — Herabsetzung der Getreidezölle hatten sie nicht verhindern können. Da brachten auf Betreiben des soeben gegründeten Bundes der Landwirte am 7. April 1894 27 Konservative und drei Antisemiten im Reichstag den sogenannten Antrag Kanitz ein. Der bezweckte nicht mehr und nicht weniger, als den großen Grundbesitzern die Konkurrenz des ausländischen Getreides mit einem Schlag überhaupt vom Halse zu schaffen! Natürlich mit Staatshilfe. Es sollte der ganze private Handel mit ausländischem Getreide unterdrückt werden. Ausländisches Getreide sollte nur für Rechnung des Reiches selbst fortan gekauft und verkauft werden dürfen. Und die Preise dafür sollten auch gleich im Gesetz festgelegt werden! Natürlich in einer Höhe, die den Vorteil der geringen Zollermäßigung wieder aufhob.

Wer von diesem Antrag zum erstenmal hört, wird geneigt sein, ihn nicht ernst zu nehmen. So krasse Selbstsucht ist doch beinahe undenkbar! Denn hier handelte sichs nicht mehr allein um die Verteuerung des Brotes, um „Brotwucher“, wie sogar der Kaiser damals sagte, sondern hier sollte außerdem noch der ganze Stand der Getreidehändler kurzerhand erschlagen werden, nur um jede Verringerung des Profits der Grundbesitzer abzuwehren! Außerdem — war denn das, was hier vorgeschlagen wurde, nicht eine „sozialistische“ Maßregel, wenigstens nach der üblichen Redeweise der Patrioten? Wir Sozialdemokraten wissen wohl, welch weiter Unterschied noch ist zwischen der Verstaatlichung eines Gewerbes und der Vergesellschaftung unserer Wirtschaft. Aber unsre Gegner lieben es bekanntlich, wirtschaftliche Maßnahmen des Staates als „sozialistisch“ zu denunzieren, wenn sie ihnen nicht in den Kram passen. Hier sehen wir, daß sie umgekehrt auch nicht einen Augenblick zögern, solche „sozialistischen“ Maßregeln vorzuschlagen, wenn sie sich daraus private Vorteile erhoffen.

Endlich liegt auf der Hand, daß der Vorschlag überhaupt undurchführbar war. Man braucht sich nur seine praktische Ausführung auszudenken. Der Professor v. Goltz, der sich speziell mit Agrarwissenschaften beschäftigt hat, schreibt darüber u. a.: Das Reich müßte berechnen, wieviel ausländisches Getreide nach Maßgabe der zu erwartenden Ernte angekauft werden muß; es hat die günstigste Zeit zum Einkauf wahrzunehmen und zu diesem Zwecke mit den Kaufleuten der Exportländer stetige und rege Beziehungen zu unterhalten. Den Bewegungen der Marktpreise soll es nicht nur folgen, sondern sie mehr oder weniger im voraus erkennen. Es muß bestimmen, um wieviel höher oder niedriger der Verkaufspreis sein soll als der Weltmarktpreis. Kurz es müßte alles das übernehmen, was heute die Getreidespekulanten tun.

Bedenkt man all diese Schwierigkeiten, so möchte man, wie gesagt, geneigt sein, anzunehmen, daß die Agrarier den Antrag gar nicht ernst gemeint haben, sondern nur irgendeinen politischen Schachzug damit im Auge hatten. Wer aber das glaubt, der kennt unsere Agrarier schlecht. Es war ihnen bitter ernst damit. Sogar im preußischen Staatsrat unter persönlichem Vorsitz des Kaisers wurde der Antrag 8 Tage lang diskutiert. Als man ihn überall ablehnte, änderten ihn die Agrarier ein wenig um und brachten ihn ein Jahr darauf, am 13. März 1895, von neuem beim Reichstag ein. Und jetzt hatte sich schon die Mehrzahl der Konservativen zu ihm bekehrt, so daß er jetzt Unterschriften trug. Diesmal lehnte ihn auch der Reichstag nicht glatt ab, sondern verwies ihn an eine Kommission, aus der er jedoch nicht wieder zum Vorschein kam.

Aber die Agrarier ließen sich nicht schrecken. Sie änderten ihn nochmal ein wenig um, damit er nicht in gar zu krassem Widerspruch mit den soeben abgeschlossenen Handelsverträgen stehe, und brachten ihn am 4. Dezember 1895 zum drittenmal an den Reichstag, diesmal sogar mit 100 Unterschriften von den Konservativen, Antisemiten und ein paar Nationalliberalen. Er wurde auch diesmal abgelehnt, aber alle Deutsch-Konservativen, fast alle Freikonservativen und alle Antisemiten haben dafür gestimmt.

Der Vorgang verdient der Vergessenheit entrissen zu werden, denn er zeigt, mit welcher Hartnäckigkeit die Agrarier — d. h. die Konservativen immer wieder versuchen, das Reich für ihre privaten Vorteile auszunutzen. Hat doch der Reichskanzler Hohenlohe am 29. März 1895 im Reichstag nachgewiesen, daß höchstens 4 Millionen von der Bevölkerung des Deutschen Reichs — nämlich die wenigen großen Grundbesitzer und ihre Familien — Vorteil von dem Antrag Kanitz gehabt hätten. Inzwischen hat freilich der ungeheuerliche Zolltarif von 1902 diesen Herrschaften noch viel größere Vorteile gebracht. Aber man ermesse danach, wessen wir uns bei den künftigen Handelsverträgen zu versehen haben, wenn wieder viele Konservative und Antisemiten in den neuen Reichstag kommen.

Politische Rundschau

Deutschland.

Ein Zentrumsblatt als Kritiker der neuesten Reden Wilhelms II.

Die katholische „Westfälische Rundschau“ in Warendorf fährt fort, dem Zentrum die größten Ungelegenheiten zu bereiten. Während die übrige Zentrumspresse entzückt ist und in widerlichster Byzantineret auf dem Bauche rutscht, übt die „Westfälische Rundschau“ folgende Kritik:

„Es ist sicher hübsch vom Kaiser Wilhelm, daß er für seine Familie so eingenommen ist, und kein Mensch wird so taktlos sein wollen, einem Gatten und Vater zu widersprechen, der von seiner Gattin und seinen Kindern so entzückt zu sein scheint. Selbstverständlich ist jeder Ehemann überzeugt, daß seine eigene Frau die schönste und beste ist; jedenfalls ist sie ihm die liebste. Und mag der Kaiser seine Gemahlin noch so begeistert preisen, ich würde gewiß nicht mit ihm tauschen wollen, auch wenn er mir ein paar Schlösser und etliche Millionen zugäbe. Das ist eben Geschmack- und Herzenssache.

Eine andere Frage ist freilich, ob solche subjektiven Ansichten in die öffentliche Diskussion gehören, und ob es richtig ist, wenn ein Vater, der nicht bloß Familienvater, sondern auch sozusagen Landesvater ist, die eigenen Söhne mit den Söhnen anderer Leute in einer Weise vergleicht, die für die anderen Leute nicht gerade schmeichelhaft ist. Von den Kindern des Kaisers weiß ich für meine Person weiter nichts, als daß der eine, August Wilhelm, das Referendarexamen mit dem Prädikat „Gut“ bestanden hat. Ich glaube aber kaum, daß dem Prinzen dies Examenresultat in Berlin beim Kammergericht schwerer gemacht ist, als etwa in Kassel beim Oberlandesgericht meinem älteren Sohne.

Die Öffentlichkeit hat wenig Anlaß, sich mit den Söhnen Wilhelm II. zu beschäftigen, sie hat aber alle Ursache anzunehmen, daß sie ebenso junge Leute sind wie andere junge Leute der sogenannten höchsten Stände, und daß sie sich weder zu ihrem Vor- noch zu ihrem Nachteil von diesen unterscheiden. Höchst bedenklich müßte es erscheinen, — wenn man die Art des kaiserlichen Sprechers nicht eben schon kennen würde — daß Wilhelm II. in einer Zeit gespannter politischer Verhältnisse den Heldentod seiner sechs Söhne auf dem Schlachtfelde dem Vaterland als Opfer anbietet. Erfreulicherweise ist aber anzunehmen, daß der Redner dabei an einen bestimmten Fall nicht gedacht hat, und daß die Sache nicht so gefährlich werden wird, wie sie nach dem Altonaer Trinkspruch vielleicht aussieht. Eben deshalb ist es auch nicht nötig, die Frage weitläufig zu erörtern, ob es üblich ist, Mitglieder eines regierenden Hauses im Ernstfall besonders bedrohlichen Situationen auszusetzen, oder ob nicht vielmehr die umfassendsten Vorsichtsmaßregeln getroffen zu werden pflegen, um ihnen den Erwerb kriegerischen Ruhmes ohne übertriebene Lebensgefahr zu ermöglichen. Wie dem auch immer sei, das Vaterland, sofern das Volk verstanden sein soll, lehnt dieses Opfer dankend ab, es weiß mit sechs toten Prinzen garnichts anzufangen, sondern wird zurzeit von ganz anderen Sorgen in Anspruch genommen.

. . . . Daß ferner die Dürre mit ihren Folgen nicht bloß eine Sorge der Landwirte, sondern auch der übrigen Bevölkerung des Reiches ist, übersieht Wilhelm II. sogar vollständig. Das bevorstehende Elend der Arbeitermassen existiert in diesem kaiserlichen Trinkspruch nicht. Die nicht minder ernst drohende Gefahr der unteren und mittleren Beamten der Post, der Eisenbahn, der Steuerverwaltung, beim Gericht und allen anderen Behörden aus Anlaß der zu erwartenden furchtbaren Teuerung erwähnt der Kaiser nicht. Ebensowenig die traurige Lage des kleinen Handwerkers und der Gewerbetreibenden; zumal wenn es einen frühen und strengen Winter geben sollte, werden Sorge, Kummer und Hunger gar mancher Familie schlimme Bedrängnis bringen. Darüber hat der Kaiser nicht gesprochen. Wir beklagen uns darüber nicht, wir stellen bloß fest.

Trotzdem läge es nahe, die Opfer seiner eigenen Familie, die Wilhelm II. für einen hoffentlich nicht eintretenden Ernstfall anbietet mit den Opfern zu vergleichen, welche die Familien des werktätigen Volkes tagtäglich auf dem Altar des Vaterlandes zu bringen gezwungen sind. „Es ist noch kein Prinz in das Getriebe einer Dreschmaschine geraten oder vom Gerüst abgestürzt oder in der Kohlengrube erstickt. Es hat auch kein Prinz aus Verzweiflung über den trotz allen Anstrengungen nicht abzuwendenden Zusammenbruch und Ruin seiner geschäftlichen Existenz sich eine Kugel in den Kopf geschossen. Es braucht auch kein Prinz, mag er auf dem Schlachtfelde oder standesgemäßer auf dem Bette sterben, in den letzten Augenblicken klaren Bewußtseins an die Not der Seinen denken; er weiß, daß der Tisch für sie gedeckt bleibt. Es braucht auch kein Prinz den Folgen einer Mißernte mit Sorgen entgegensehen, denn im äußersten Falle wird ja die Zivilliste der königlichen Familie wieder erhöht werden, wie das ja unter Berufung auf die allgemeine Teuerung schon mal geschehen ist. Mit den Löhnen und Invalidenrenten, mit den Gehältern und Pensionen ist das aber nicht so einfach, wie jeder Arbeiter und Beamte aus Erfahrung weiß. All diese Verhältnisse liegen dem Gedankenkreis des kaiserlichen Redners ziemlich fern. Darum spricht er nur von Prinzen und Agrariern, ihren Opfern und ihren Sorgen. Was aber die Arbeiter betrifft, so weiß man ja auch, wie Wilhelm II. über sie denkt. Sie haben eine gesicherte Existenz bis ins späte Alter hinein.“

Dem offiziellen Zentrum dürfte das Warendorfer Blatt, das sich rühmt, daß es „mit dem päpstlichen Segen behaftet“ sei, bei der kommenden Reichstagswahl recht

unbequem werden. Es erscheint mitten im Reiche des Zentrumsherzogs Arenberg, im selben Herzogtum, wo jüngst die Wähler des ganzen Kreises durch große Festgelage betört werden sollten.

Die Berliner Friedensdemonstration im Spiegel der Marokkopresse.

Die Presse der Mannesmann und Krupp, der Kriegshetzer und Prozentpatrioten, ist naturgemäß auf die gewaltige Friedensdemonstration des Berliner Proletariats nicht gut zu sprechen, und sie sucht die Bedeutung der Demonstration dadurch abzuschwächen, daß sie die Besucherzahl möglichst niedrig angibt. Die „Deutsche Tageszeitung“ spricht von 20 000 Personen, die „Märkische Volkszeitung“ dagegen schätzt die Besucherzahl auf 60- bis 70 000. Die „Tägliche Rundschau“ bemüht sich, die Demonstration als einen Mißerfolg der Sozialdemokratie nachzuweisen und verwendet zu diesem Zweck einen Schimpf-Artikel, der die ganze erste Seite des angenehmen Blattes ausfüllt. Sie führt aus:

„In Wahrheit war dieser ganze rote Sonntag von Treptow, dies Friedensmeeting der visionären „Hunderttausende“, nichts mehr und nichts weniger als ein erheblicher Mißerfolg der Sozialdemokratie, ein weit erheblicherer, als kühne Optimisten hofften. Trotz der ganzen Flut von bewußter, halbbewußter und unbewußter Entstellung, trotz dieses ganzen komödiantisch in Szene gesetzten Riesenbluffs, bei dem sich die linksliberale und demokratische Presse samt manchen Zeitungskorrespondenten schier die Hacken ablief, um der Sozialdemokratie willfährig zu sein.

Die „Post“, die für ihre politische Meinung bekanntlich von den Scharfmachern bezahlt wird, redet von einem sozialdemokratischen Friedensrummel, der inszeniert wurde aus Angst vor einer kräftigen nationalen Politik. Im übrigen gefällt es der „Post“, die Massen zu verhöhnen und zu beschimpfen, indem sie sich dahin ausläßt:

„Aber verelendet sahen diese Massen ganz und gar nicht aus. Wie der gute Bürgersmann nicht besser sich zu kleiden versteht, so zogen die Genossen einher. Hohe Kragen, moderne Krawatte, Zylinderhut, Spazierstock, die „Damen“ in modernen Röcken, den berühmten Humpelröcken zum Verwechseln ähnlich, Hüte in Größen denen auf der Friedrichstraße üblichen in keiner Weise nachstehend, das ist die Kleidung der „Verelendeten“, die sich besser stehen als mancher Bürgersmann. Die herausfordernde Resolution, die von bombastischen und blutrünstigen Redensarten geradezu trieft, sollen wir nicht wiedergeben, da sie eine solche niedrige Gesinnung, solch Mangel an nationalem Ehrgefühl erkennen läßt, daß es geradezu beschämend wirkt.“

Die konservative „Kreuzzeitung“ und die ultramontane „Märkische Volkszeitung“ haben ein und denselben Bericht, wohl um damit ihre Schnapsblockzugehörigkeit recht deutlich zu offenbaren. Dem Bürgermeister von Treptow wird ziemlich deutlich zu verstehen gegeben, daß er die Demonstration nicht hätte erlauben dürfen. Als Beispiel wird dann die französische Republik vorgeführt, indem der Berichterstatter dieser Blätter schreibt:

Wenn die Genossen, wie der Berichterstatter, gesehen hätten, wie schnell die französische Republik ihre Soldaten gegen die Arbeiter aufmarschieren und diesen die Jacke vollhauen läßt, — sie hätten am gestrigen Sonntage zehnfach Ursache gehabt, Gott auf den Knien für die starke Monarchie zu danken.“

Interessant ist schließlich noch, was das Organ des Reichskanzlers, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ über die Demonstration sagt. Das Blatt schreibt:

„Die Berliner Sozialdemokraten haben gestern mit großer Wucht offene Türen eingerannt. Die 200 000 Menschen, die auf Kommando der Parteileitung für den Frieden demonstriert haben, müssen nach Anhörung der Reden mit dem Gefühl auseinandergegangen sein, daß Ihre Führer sie ganz unnötig den Strapazen der Sonnenglut ausgesetzt haben. . . .“

Um der Demonstration einen Mantel zu geben, hat man sich gegen die angebliche „Kriegshetze des Panzerplatten- und Kanonenkapitals“ gewandt, die nur in der Einbildung der Sozialdemokratie besteht. Dagegen hat man in Treptow nicht davon gesprochen, wie einmütig sich in diesen Wochen der feste Wille der Nation bekundet hat, unsere Stellung in der Welt zu wahren, an deren Aufrechterhaltung die Arbeiterschaft das gleiche Interesse hat, wie die anderen Schichten des Volkes. Davon darf freilich auch nicht geredet werden, denn der Zweck dieser Versammlung ist es, der Arbeiterschaft den „Dummstolz des Patriotismus“ auszutreiben. Fortgesetzt arbeitet die Sozialdemokratie daran, die Sache der Arbeiter von den Angelegenheiten der Gesamination zu trennen und ihre Anhänger an den Gedanken zu gewöhnen, daß es ihre Aufgabe werden könne, dem Volke in den Rücken zu fallen, wenn es in schwieriger Situation seiner gesammelten Kraft bedarf.“

Bemerkenswert an diesen Auslassungen ist eigentlich nur, daß das amtliche Organ der Regierung die Zahl der Besucher auf 200 000 beziffert, im Gegensatz zur „Deutschen Tageszeitung“, deren Vertreter nur 20 000 gesehen hat. Herr Dr. Oertel wird natürlich nicht säumen, dem Kanzlerblatt zu Leibe zu gehen, weil es wenigstens in diesem einen Punkt der Sozialdemokratie gegenüber die Wahrheit nicht verletzt hat.

Der Wahlkampf in Elsaß-Lothringen.

Die Verhandlungen zwischen dem Zentrum und dem Lothringer Block über ein Zusammengehen bei den Landtagswahlen sind als ergebnislos abgebrochen worden. Der Nationalbund hat allem Anschein nach bereits völlig Fiasko gemacht, denn bis jetzt ist nur ein einziger Kandidat dieser Richtung definitiv aufgestellt worden.

Die „Deutsche Tageszeitung“ an der Ministerjäge.

Die „Deutsche Tageszeitung“ nimmt Kampfstellung gegen den preußischen Polizeiminister v. Dallwitz, weil er den sozialdemokratischen Kriegsprotest im Treptower Park zu Berlin nicht verhindert hat; drohend schreibt das Oertelblatt:

„Nach einer Meldung, die bisher nicht widersprochen worden ist, soll ein Beschluß des Ministeriums des Innern vorliegen. Wir haben vorgestern gesagt, daß wir die in Betracht kommenden Behörden um die Schwere der Verantwortung nicht beneiden. Wir halten es aber für nötig, daß der zuständige Minister, und gegebenenfalls der Ministerpräsident im Landtage danach gefragt wird, was die Veranlassung dazu gewesen ist, daß ein derartiges Vorexerzieren der Revolution gestattet wurde. Auf das Reichsvereinsgesetz darf man sich nicht berufen, das gibt der zuständigen Polizeibehörde in einem derartigen Falle unzweifelhaft und zweideutig das Recht, die Genehmigung zu versagen.“

Der Schmerz der „Deutschen Tageszeitung“ ist zu verstehen, das Blatt, das täglich ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie herbeisehnt, muß ganz außer sich geraten, wenn selbst preußische Minister sich gezwungen fühlen, das Reichsvereinsgesetz zu respektieren. Man wird sich in den Kreisen der Agrarier noch manchmal empören, wenn man einsehen muß, daß die Allmacht der preußischen Reaktion langsam zu wanken beginnt.

Beten ist besser als arbeiten.

Zur Frage der neuen Feiertagsordnung des Papstes, die noch Gegenstand der Verhandlung zwischen Rom und dem deutschen Episkopat ist, wird den „Berliner Neuesten Nachrichten“ „von absolut glaubwürdiger Seite“ eine bisher nicht bekannt gewordene, überaus interessante Äußerung des ehemaligen Erzbischofs von Posen-Gnesen, Grafen Ledochowski, mitgeteilt.

Es werden in Posen neben den vielen allgemeinen katholischen Festtagen — allein sechs Marienfeste — auch die Gedenktage der provinzialen Patrone und in den einzelnen Gemeinden wieder die Festtage besonderer Heiliger gefeiert. Dieses gereichte namentlich der Landwirtschaft zu großen Nachteilen, und es sind tatsächlich sehr große Summen verloren gegangen, weil während der Ernte — Mariä Verkündigung, 25. März, fällt in die Zeit der Feldbestellung — die Arbeiter feierten. Es wurde nun von der Landwirtschaft der Wunsch geäußert, der in weiten Kreisen auch in der Presse Unterstützung fand, solche Festtage auf den vorhergehenden oder nachfolgenden Sonntag zu verlegen. Der Erzbischof Ledochowski, mit dem der damalige Oberpräsident von Horn die Sache besprach, aber erklärte, daß garnicht zu viel Feiertage sein könnten, und daß Beten besser sei als arbeiten!

Als Ledochowski diesen Ausspruch tat, da beugte sich die Kirche noch nicht vor dem Gott Mammon. Heute muß die Kirche auch auf den Kapitalismus, landwirtschaftlichen und industriellen, Rücksicht nehmen, wenn anders sie sich die Gunst dieser Kreise nicht verscherzen will. Die Arbeiter? Je nun, denen sagt man schließlich zur Abwechselung auch mal: Tüchtig arbeiten ist besser oder eben so gut als beten.

Zur Marokkofrage.

Die Verhandlungen zwischen dem Vertreter Frankreichs, Herrn Cambon, und den Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter sind am Montag wieder aufgenommen worden. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ versichert:

„Dem Ergebnis der Unterhandlungen sieht man selbstverständlich mit großer Erwartung und Hoffnung entgegen; doch haben wir bereits hervorgehoben, daß vorläufig hierüber an amtlicher Stelle Stillschweigen beobachtet werden wird!“

Man ist also fest entschlossen, die Öffentlichkeit nicht wissen zu lassen, was Herr v. Kiderlen-Wächter denn nun eigentlich will. Er arbeitet völlig auf eigene Faust, genau so, als ob er der unbeschränkte Herrscher in Deutschland wäre. Mittlerweile wollen die „Münchener Neuesten Nachrichten“ von einem „deutschen Diplomaten in wichtiger Stellung“ genau Aufschluß bekommen haben. In elf Sätze sind hier die Auffassungen der Reichsregierung festgelegt, daß Frankreich die Algeciras-Akte verletzt habe, stehe fest. Deutschland sei sofort eingeschritten, als der Geheimvertrag bekannt wurde, den Frankreich mit dem Sultan abgeschlossen hatte. Durch diesen Vertrag sollen die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands in Marokko völlig beiseite geschoben werden. Die äußere Veranlassung für die Entsendung des „Panther“ nach Agadir sei tatsächlich der Ruf deutscher Grundbesitzer und Kaufleute nach Schutz gewesen. Mit der „Panther“-Expedition habe Deutschland in keiner Weise die Algeciras-Akte verletzt, sondern nur seiner Pflicht genügt, Reichsangehörigen Schutz zu gewähren.

Die anderen Sätze besagen:

Die deutsche Position war von Beginn an festgelegt. Von einem Zurückweichen ist keine Rede. Im Plane der Reichsleitung lag niemals die Erwerbung eines Teils von Marokko; keine Kohlen-, Flotten- oder Hafenstation. Dagegen liegt im Plane Deutschlands die volle Sicherung seiner wirtschaftlichen Interessen in Marokko, die vertragsmäßige Beteiligung an Lieferungen und Unternehmungen, an Grunderwerb und Minenrechten, die volle Handelsfreiheit. Politisch scheidet Deutschland aus Marokko aus. Doch bleibt die Algecirasakte der Form nach bestehen. Frankreich muß sich darüber mit den anderen Signaturmächten verständigen. Für Deutschlands politisches Ausscheiden aus Marokko erhält es koloniale Kompensationen von Frankreich. Togo ist ein gutgehender Kleinkramladen oder, wie der Berliner sagt, ein Kellergeschäft; selbst durch Dahomeh erweitert, wäre es nichts anderes geworden. Kamerun dagegen, durch eine breite Zone von Französisch-Kongo an die Ströme Ubanghi und Kongo und an Belgisch-Kongo gebracht, ist ein zukunftsreiches Großhandelshaus. Keine koloniale Großmacht wird dann Kamerun mehr von Deutsch-Ostafrika trennen. Die belgische Kongolinie, in der jetzt schon deutsches Kapital stark arbeitet, ist ein Bindeglied zwischen Kamerun und Deutsch-Ostafrika.

Ob Deutschland auch ein Hafengebiet in Französisch-Kongo erhalten wird, ist noch ungewiß. Zu erwarten aber ist, daß Frankreich sein Vorkaufsrecht auf das spanische Rio-Muni-Gebiet an Deutschland abtreten und daß Deutschland, sei es jetzt oder später, die spanischen Gebiete Fernando Poo und Rio Muni bekommen wird.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ ist über die Ungeschicklichkeit der deutschen Diplomatie höchlichst entrüstet, und sie kleidet ihre Empörung in die folgenden Auslassungen:

„Togo, das amtlicherseits bisher stets als deutsche Musterkolonie gerühmte Neuland, für das von allen deutschen Afrikanern als gänzlich wertlos verworfene Französisch-Kongo! Ja, diese deutsche Musterkolonie wird, ebenfalls amtlich, jetzt in saloppem Tone als „Kleinkramladen“ und „Kellergeschäft“ lächerlich gemacht. Das ist freilich dieselbe, jeglichen nationalen Empfindens bare Sprache, die zwei Wochen nach dem stolzen Tage der Entsendung des Panther nach Agadir die für das Deutsche Reich wirtschaftlich, politisch, militärisch so bedeutungsvolle Marokkofrage als Handelsgeschäft einer Aktien-Gesellschaft, deren Direktion dem Aufsichtsrat einfach eine Bilanz, einen Jahresabschluß vorzulegen habe, bezeichnete. Und das bietet man dem deutschen Volke an seinem Nationalfesttage! Am Sedantage erklärt sich die deutsche Reichsregierung, im vollen Widerspruch zu der Verfassung des auf dem Schlachtfelde von Sedan endgültig erreichten Deutschen Reiches, als Minderer des Reichs! Abbruch des Reiches außen wie innen! . . .“

Koloniale Kleiderordnung.

Das „Deutsche Kolonialblatt“ gibt folgende Verordnung des Gouverneurs von Kamerun, Gleim, betreffend die Abgabe und das Tragen von Fezen, datiert vom 12. Juni 1911, bekannt:

§ 1. Den Eingeborenen ist es verboten, Rollfeze irgendwelcher Farbe in der bei der Schutztruppe und der Polizeitruppe eingeführten Form zu tragen. Andere Feze dürfen von den Eingeborenen nur zusammen mit Haussa- oder ähnlichen Gewändern getragen werden.

§ 2. Die Verbote des § 1 finden auf Eingeborene, die als Angehörige der Schutztruppe oder der Polizeitruppe oder sonst mit dem Fez amtlich ausgerüstet sind, keine Anwendung. Mit dem roten Rollfez sollen nur solche Eingeborene amtlich ausgerüstet werden, die zur Vollstreckung von Verfügungen der Behörden des Schutzgebietes verwendet werden.

§ 3. Die Abgabe von Fezen an Eingeborene, denen eine Befugnis zum Tragen nicht zusteht, ist verboten.

§ 4. Nichteingeborene, welche der Vorschrift des § 3 zuwiderhandeln, werden mit Geldstrafe bis zu 600 Mark oder mit Haft bis zu sechs Wochen bestraft. Eingeborene, welche den Verboten der §§ 1 oder 3 zuwiderhandeln, werden nach Maßgabe der Verfügung des Reichskanzlers vom 22. April 1896 bestraft.

§ 5. Feze, die den Verboten der §§ 1 oder 3 zuwider abgegeben oder getragen werden, unterliegen der Einziehung ohne Unterschied, ob sie dem Verurteilten gehören oder nicht. Ist die Verfolgung oder Verurteilung einer bestimmten Person nicht ausführbar, so kann auf die Einziehung selbständig erkannt werden.

§ 6. Diese Verordnung tritt am 1. August 1911 in Kraft.

Das Tragen von Rollfezen (Kopfbedeckungen) irgendwelcher Art von nicht dazu autorisierten Personen wird also so ungefähr als „Hochverrat“ angesehen, der an Nichteingeborenen mit schwerer Geldstrafe oder Haft, an Eingeborenen aber eventuell mit Prügelstrafe bestraft werden soll. Da muß so ein „roter Rollfez“ als Autoritätszeichen ja wohl so ziemlich einer Königskrone gleichkommen. Man sieht, wie die Kolonialbureaukraten bemüht sind, die „Autorität“ zu schützen. Vermutlich wird aber ein Lacherfolg der „Hauptfez“, wie die Berliner sagen, dabei sein.

Amerika.

Nachspiel zu der mexikanischen Präsidentschaftswahl. Als der Präsidentschaftskandidat Bernardo Reyes am Sonntag an seine Wähler eine Ansprache halten wollte, wurde er von den Anhängern Maderos verhöhnt und 20 Minuten lang mit Steinen beworfen. Schließlich wurde er von seinem Balkon vertrieben. Die Polizei ging gegen die Menge vor. Insgesamt wurden 43 Personen durch Steinwürfe und Säbelhiebe verletzt.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 5. September.

Achtung, Maler! Die Werkstelle Nisset in Schlutup ist nach wie vor wegen Nichtanerkennung des Tarifes gesperrt. Der Vorstand.

Achtung, Tapezierer! Der Streik ist beendig, Zuzug ist aber trotzdem streng fernzuhalten da die sämtlichen im Streik gestandenen Kollegen noch außer Arbeit sind. Der Vorstand.

Die Firma Klocken, Möbelgeschäft, Königstraße 65—67, ist wegen Tarifbruch für Tapezierer gesperrt. Kein Tapezierer fange dort an zu arbeiten.

Auf die heutige Parteiversammlung, die sich mit den Anträgen zum Jenenser Parteitag sowie mit dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie beschäftigen wird, sei hiermit nochmals hingewiesen.

Wassermangel veranlaßt das Lübecker Polizeiamt zu folgender Verordnung: Jede Vergeudung von Wasser aus der städtischen Wasserleitung ist verboten. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 60 Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft. — Uns scheint diese Verordnung viel zu allgemein gehalten, um damit etwas Rechtes anfangen zu können. Was ist eine Vergeudung des Wassers? Etwa wenn ein Villenbesitzer gründlich seinen Rasen besprengen läßt oder wenn jemand sich unter dem geöffneten Wasserhahn wäscht, anstatt die Waschschüssel zu benutzen. Solche dehnbaren Begriffe wie Wasservergeudung mit Strafandrohungen in Verbindung zu bringen, scheint uns deshalb gründlich verfehlt zu sein. Eine Einschränkung des Wasserverbrauchs auf das möglichste Mindestmaß kann man trotzdem für zweckmäßig halten.

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat August auf 1321 (1214), die der Besucher auf 1480 (1260). — Die eingeklammerten Zahlen sind die des vorvergangenen Monats. — Davon kamen in derselben Sache wiederholt 126 Personen. Mithin sind im Monat August **1195** (997) **neue Fälle** bearbeitet worden. Auskünfte wurden erteilt 1396 (1179), darunter nach auswärts schriftlich 30 (14). Von den Besuchern waren organisiert 676 (647) Personen, und zwar gewerkschaftlich 458, politisch 33, gewerkschaftlich und politisch 218. Unter den verbleibenden 804 Nichtorganisierten befinden sich 257 Angehörige von Organisierten und 32 Organisationsunfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern

381 (855) männlich, 490 (397) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilen sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 1283 (1099); selbständige Gewerbetreibende, Beamte, Bauern 2c. und deren Angehörige 188 (153); Vereine, Organisationen und Behörden 9 (8). In Lübeck-Stadt hatten von den Besuchern 1104 (1043) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 133 (86), Oldenburg 111 (63), Mecklenburg 74 (38), Preußen 51 (26), und sonstwo 7 (4). Die Auskünfte verteilen sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung) 231 (214), Arbeits- und Dienstvertrag 377 (261), bürgerliches Recht 474 (428), Strafrecht 128 (98), Gemeinde- und staatsbürgerliche Sachen 143 (147), Arbeiterbewegung 6 (11), Privatversicherung 20 (7), Handels- und Gewerbesachen 12 (6), verschiedenes 5 (7). Von den Auskünften machten 278 (239) die Anfertigung von 358 (315) Schriftsätzen erforderlich; außerdem gingen aus 34 (27) sonstige Briefe und Postkarten. Ein gingen 164 (168) Postsendungen. Der 7. August zeigte mit 82 (72) die höchste, der 26. August mit 46 (23) die niedrigste Besucherzahl.

Schwarze Listen über Mieter, die ihm nicht passen, läßt der Haus- und Grundbesitzerverein für Lübeck und Vorstädte unter seinen Mitgliedern zirkulieren. Der Zweck dieser Übung ist leicht zu erkennen. Erfreulicherweise scheint es aber auch unter den Haus- und Grundbesitzern eine ganze Anzahl zu geben, welche die Achtung der Mieter nicht mitmachen wollen. Das geht aus folgender Bekanntmachung hervor, welche in der Lübecker Haus- und Grundbesitzer-Zeitung vom 1. September d. J. veröffentlicht wird:

„In Nr. 2 dieses Blattes vom 2. September 1910 ist diesseits gebührend auf den Wert und die große Bedeutung der Schutzlisten (sog. schwarze Listen) für die Hausbesitzer hingewiesen und sind zugleich die Mitglieder darauf aufmerksam gemacht worden, daß bei der unterzeichneten Geschäftsstelle auch eine solche Liste geführt wird. Zu unserem Bedauern müssen wir nun leider sehen, daß von dieser so bedeutenden Einrichtung bisher nur ungenügender Gebrauch gemacht worden ist. Die Einrichtung der Schutzliste ist vom Vorstande des Vereins in dem Bestreben, seine Mitglieder vor der Schädigung durch böswillige, zahlungsunfähige oder aus einem sonstigen Grunde nicht empfehlenswerte Mieter zu schützen, getroffen worden; sie bezweckt ausschließlich die Wahrnehmung berechtigter Interessen des Vermieters. Bei der Aufstellung der Liste wird mit der größten Sorgfalt verfahren. Die Hausbesitzer erleiden nicht allein durch unvermietete Wohnungen Verluste, sondern auch durch solche Mieter, die sie um die Miete prellen. Die Zahl derer ist nicht klein. Es kommen zur Hauptsache bei Aufstellung der Schutzliste solche Mieter in Betracht, welche: 1. die schuldige Miete nicht bezahlen, 2. zahlungsunfähig sind, 3. den Offenbarungseid geleistet haben, 4. heimlich gerückt sind, 5. Schikaneure, 6. nachweisbar sittlich anstößig sind und in üblem Ruf stehen, 7. exmittiert sind, 8. solche, welche bisher ganz gewohnheitsmäßig die Vermieter schädigten. Jede weitere Auskunft wird in der Geschäftsstelle bereitwilligst erteilt. Neue Anmeldungen für die Schutzliste werden jederzeit in der Geschäftsstelle, Königstraße 48b, I., Zimmer Nr. 4, an den Wochentagen von 9—1 Uhr vormittags entgegengenommen und zwar auf Formularen, welche dort unentgeltlich zu haben sind. Wir verbinden hiermit die ganz ergebene Bitte, von dieser Einrichtung künftighin mehr als bisher Gebrauch machen zu wollen."

Die Tatsache, daß von dieser „so bedeutenden Einrichtung" bisher nur ein „ungenügender Gebrauch" gemacht worden ist, spricht dafür, daß viele Hausbesitzer selbst nicht mit der von den Scharfmachern der verschiedensten Richtung beliebten Fehme gegen wehrlose Leute einverstanden sind. Schwarze Listen sind schon um deswillen auf das schärfste zu verurteilen, weil diejenigen, die darauf stehen, nichts davon erfahren und die Gründe, die für ihre Achtung angegeben sind, nicht kennen und sie deshalb nicht widerlegen können. Was kann bei der Dehnbarkeit der Begriffe nicht alles unter „Schikaneure", „sittlich anstößig", „üblem Ruf" usw. verstanden werden, zumal wenn beim Hausbesitzer auch noch böser Wille vorhanden ist. Die Mieter sind aber demgegenüber vollständig wehrlos. Wenn auch zugegeben werden kann, daß nicht alle Hausbesitzer auf Rosen gebettet sind und daß es auch schlechte Mieter gibt, so ist doch das vom Lübecker Haus- und Grundbesitzerverein angewandte schikanöse Schwarze-Listen-System mit aller Entschiedenheit zu verwerfen.

Straßensperre. Wegen vorzunehmender Straßenbauarbeiten ist die Strecke der Ratzeburger Allee, vom Mönkhofer Weg bis zur Kahlhorststraße vom Dienstag, dem 5. September ds. Js. ab für den Fuhrwerksverkehr gesperrt.

Saatenstand im Lübeckischen Staate Anfang des Monats September 1911. Nach den Meldungen der ehrenamtlich tätigen Berichterstatter der 16 Saatenstandsbezirke hat das Statistische Amt für Anfang September folgende Saatenstandsnoten berechnet: (Nr. 2 bedeutet gut, Nr. 3 mittel, Nr. 4 gering) für Hafer Nr. 3,3 (3,2), für Kartoffeln Nr. 3,0 (2,6), für Klee Nr. 3,8 (3,7), für Bewässerungswiesen Nr. 3,2 (2,8), für andere Wiesen 3,5 (3,1). Hafer ist fast überall geerntet. Infolge der anhaltenden Dürre sehen die Weiden kahl und verbrannt aus. Auch die Kleefelder zeigen wenig Nachwuchs, der Stand des jungen Klees ist nur mäßig, stellenweise noch durch massenhaftes Auftreten von Mäusen beeinträchtigt, so daß voraussichtlich umfangreiche Umpflügungen notwendig werden. Die Wiesen sind vielfach der Futternot wegen abgeweidet, stellenweise hat das Vieh bereits auf den Stall genommen werden müssen. Nach den letzten Niederschlägen haben sich die späten Kartoffelsorten erholt. Die von denselben Berichterstattern ausgeführte Vorausschätzung der Ernteerträge ergab auf 1 Hektar bestellter Fläche für Winterweizen 2738 (1910 bei der endgültigen Ermittelung 2500), für Winterroggen 2023 (1735), für Sommergerste 1914 (1975), für Hafer 1762 (1949), für Kartoffeln 11 275 (11 728) Kilogramm.

Zum Benefiz für Josefine Seifert gelangt am kommenden Freitag der wirkungsvolle Schwank „Norachen" von Katsch im Stadthallen-Theater erstmalig zur Aufführung. Im Berliner „Kleinen Theater" findet das lustige Stück allabendlich stürmischen Beifall. Da Frl. Seifert zu den gewissenhaftesten und fleißigsten Künstlerinnen unserer Sommerbühne gehört, so wird das Publikum es sich hoffentlich nicht nehmen lassen, ihr am Freitag durch ein volles Haus für die Genüsse zu danken, die Frl. Seifert ihm im Laufe des Sommers bereitet hat.

pb. **Schlechter Gefälligkeitsdienst.** Am Sonntag, dem 3. d. M. nachmittags hat ein hiesiger Bäckergeselle einem Malergesellen in der Moislinger Allee einen Pappkarton, enthaltend 3—4 weiße Schürzen, 2 Hemden, 1 weiße Hose, mehrere Taschentücher, 1 Unterhose und mehrere Bürsten, zum Tragen übergeben. Die Wäschestücke sind mit den Buchstaben „C. M." oder „M." gezeichnet. Die weiße Hose trägt den Namen „Bender". In einem unbewachten Augenblick verschwand der Maler, der Karl Hartz heißen und aus Preetz stammen soll. Es wird vermutet, daß er die Sachen in seinem Nutzen verwenden will.

pb. **Eigentumsvergehen.** Vom Boden eines an der Lachswehr-Allee belegenen Hauses sind in der Nacht vom 3./4. d. Mts. ein paar schwarze Herren-Schnürschuhe gestohlen worden.

pb. **Fahrraddiebstahl.** Am 4. ds. Mts. ist am Hauptbahnhof ein Fahrrad mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, Freilauf, Rücktrittbremse und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 13 542 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. **Entwendete Uhr.** Am 4. ds. Mts., in der Zeit von 8½ Uhr vormittags bis 5½ Uhr nachmittags, ist aus einem Zimmer eines an der Werftstraße belegenen Hauses eine goldene Damen-Remontoiruhr mit goldenem Zifferblatt und arabischen Zahlen abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Mittwoch und Donnerstag finden Wiederholungen des Schwankschlagers „Theodore u. Cie." statt. Das lustige Stück hat hier den gleichen Erfolg wie überall. Gelacht wird von der ersten Szene bis zum Schluß. Eine Ermäßigung der Preise kann bei diesem Schlager nicht eintreten, die Direktion ist verpflichtet, es nur bei vollen Preisen zur Darstellung zu bringen.

Stockelsdorf. Eine Volksversammlung, die sich mit der bevorstehenden Landtagswahl beschäftigte, fand gestern abend im Lokale des Herrn Rottgardt statt. In eingehenden Worten schilderte Genosse Stelling-Lübeck die Bedeutung der Landtagswahlen für die Arbeiterschaft und das Verhalten der Liberalen. Die Genossen Bull und Fick stellten sich als sozialdemokratische Kandidaten vor. Diskussion wurde nicht beliebt. Nach einem anfeuernden Schlußwort des Vorsitzenden, Gen. Westphäling, fand die gutbesuchte Versammlung ihr Ende.

Schwartau. Zur Landtagswahl. Wie uns bekannt geworden ist, sind die Namen derjenigen Wähler, die noch nicht 3 Jahre in der hiesigen Gemeinde wohnhaft sind, durchgängig nicht in der Wählerliste verzeichnet. Wir richten nun an die Wähler die dringende Aufforderung, entweder selbst sofort die Liste einzusehen oder sich abends von 8—9 Uhr im sozialdemokratischen Wahlbureau im Gasthof „Transvaal" einzufinden. Arbeiter! Parteigenossen! Seid auf dem Posten. Sichert Euch Euer Wahlrecht!

Hausfrauen und Mütter!

Den Milchverteuerern ist der Krieg erklärt!

Kauft keine Milch zu erhöhten Preisen!

Rensefeld. Eine Gemeinderatssitzung, die am Sonnabend in Horsdorf stattfand, beschäftigte sich wieder einmal mit dem Schmerzenskind der Gemeinde, der Horsdorfer Schule. Nach Besichtigung derselben wurde beschlossen, die einbehaltenen 25 Prozent von der Garantiesumme den Handwerkern auszubezahlen, wenn die noch vorgefundenen Mängel beseitigt sind. Der Genosse August Grabbert wurde als Vertrauensmann gewählt, der die Schöffen und Geschworenen vorzuschlagen hat.

Hamburg. Der Kampf im Hamburger Holzgewerbe. Im Laufe der vergangenen Woche waren auf Veranlassung außenstehender Personen die Vertrauensmänner beider Parteien zu Besprechungen zusammengetreten, um den Versuch einer Verständigung von neuem zu unternehmen. Herr Bürgerschaftspräsident Engel gab den Anstoß hierzu und lud zunächst die Vertreter des Holzarbeiterverbandes zu sich, um zu hören, welche Bedingungen für den Friedensschluß jetzt in Frage kämen. Ihm wurde erklärt, daß der Holzarbeiterverband nunmehr an den mit dem neuen Arbeitgeberverein abgeschlossenen Vertrag inkl. Arbeitsnachweis sich gebunden erachte und dieser auch mit dem Schutzverband nichts anderes abmachen könne. Der Schutzverband lehnte in einem Schreiben an Herrn Engel die Anerkennung dieses Vertrages strikte ab, verlangte dafür aber unter Aufrechterhaltung seiner bisherigen Forderungen einen besonderen Vertrag und auch einen eigenen Arbeitsnachweis mit dem Holzarbeiterverband. Der Holzarbeiterverband erklärte diesen Standpunkt des Schutzverbandes für gänzlich undiskutabel. Zu gleicher Zeit hatte auch Herr Holst, Vorsitzender des Baugewerbeverbandes, durch eine zwischen den Herren Wolfromm als Vertreter des Schutzverbandes und Neumann als Vertreter des Holzarbeiterverbandes angesetzte Unterredung den Versuch einer Verständigung unternommen. Diese Unterredung zeitigte das Ergebnis, daß den beiderseitigen Vorständen folgende Vorschläge zur Annahme und Beschlußfassung in den Versammlungen empfohlen wurden: 1. Ein Vertragsverhältnis zwischen dem Schutzverband und dem Holzarbeiterverband wird vorläufig nicht abgeschlossen. 2. Die Arbeitgeber beschließen, die im Vertrage vom 30. Juli 1911 festgelegten Bedingungen, Arbeitszeit und Löhne, zu erfüllen. Wenn das geschehen ist, wird die Arbeit aufgenommen. 3. Die endgültige Regelung der Arbeitsnachweisfrage zwischen den streitenden Parteien erfolgt innerhalb eines Jahres durch eine zu diesem Zweck einzusetzende paritätische Kommission. Sollte alsdann über einige Punkte eine Einigung nicht erzielt werden können, so verpflichten sich die Herren Wolfromm und Neumann, in ihren Versammlungen dafür einzutreten, daß die Entscheidung hierüber einem unparteiischen Schiedsgericht übertragen wird. Mit diesen Vorschlägen beschäftigten sich die Vorstände beider Verbände; die Versammlungen sollten am 30. August stattfinden. Während die Leitung des Holzarbeiterverbandes sich trotz großer Bedenken verpflichtete, für die Annahme einzutreten, lehnte der Vorstand des Schutzverbandes dieses ab. Die Herren hegten die Befürchtung, daß die Arbeitsaufnahme unter diesen Bedingungen ein etwas unsicheres Geschäft sei. Sie legten ihrer Versammlung eine Resolution vor, die den sofortigen Abschluß eines Vertrages verlangt, während die Entscheidung über die Regelung des Arbeitsnachweises durch ein unparteiisches Schiedsgericht und zwar innerhalb einer Woche erfolgen sollte. Diese Resolution ist aber tatsächlich vom Vorstandstische aus mehr bekämpft als befürwortet und von der Versammlung dann auch abgelehnt worden. Der Schutzverband will also auf der betretenen Bahn weiter fortfahren. Es herrscht in den Reihen seiner Truppen eine unbändige Kampfesstimmung, was sich daraus erklärt, daß das Element der sogenannten „Spahnkrauter" die Situation beherrscht und unter der Führung ihres „Hauptmanns" weiter im trüben zu fischen trachtet. Die für den Kampf eigentlich in Frage kommenden Betriebsinhaber sehen dem wilden Spiel mit nachdenklicher Miene zu, aber zu einem energischen Auftreten gegenüber dem unverantwortlichen Treiben der Scharfmacher haben sie sich bislang noch nicht aufgerafft. Sie ziehen dagegen vor, der Reihe nach eine Verständigung mit dem Holzarbeiterverband zu treffen und ihre Betriebe wieder aufzumachen. Die Zahl der Streikenden nimmt beständig ab. In Anbetracht der verhältnismäßig noch großen Zahl ungeregelter Betriebe und der immer noch über 1000 betragenden Zahl der Streikenden kann aber von einer Beendigung des Kampfes noch keine Rede sein. Der mit dem neuen Arbeitgeberverein vereinbarte paritätische Arbeitsnachweis ist am 21. August eröffnet worden und erfreut sich des regsten Zuspruches von beiden Seiten. Mag nun der Schutzverband seine Haltung einrichten wie er will, an der Tatsache wird er nichts mehr ändern. Die Stunde wird kommen, wo er sich in sein Schicksal wird fügen müssen, — ob ihm noch so sehr davor graut. Vorläufig schlägt er noch große Töne an, also muß der Kampf mit allem Nachdruck weiter geführt werden. Der Zuzug ist nach wie vor streng fernzuhalten.

Hamburg. Streik der Elektriker und Helfer in Hamburg. Eine äußerst stark besuchte Versammlung der Elektriker und Helfer von Hamburg und Umgegend nahm am Montag zu der Antwort der drei in Frage kommenden Arbeitgeberorganisationen Stellung. Diese lehnen eine Verhandlung mit dem Metallarbeiterverband ab und wollen mit „ihren" Leuten verhandeln. Kürbis wies mit aller Schärfe darauf hin, daß der Kampf sich gegen alle Betriebe richten müsse. Unter keinen Umständen würden Sonderabmachungen getroffen. Es könne sich nur um Abmachungen von Organisation zu Organisation handeln. Nach lebhafter Debatte, in der im wesentlichen alle Redner dem Referenten zustimmen, gelangt folgende Resolution zur Abstimmung: „Die am 4. September 1911 bei Vorwohle tagende Versammlung der in der elektro-technischen Industrie Hamburgs und Umgegend beschäftigten Arbeiter bedauert, daß seitens der drei in Betracht kommenden Unternehmerorganisationen eine Verhandlung bezüglich der eingereichten Tarifvorlage mit dem Metallarbeiterverband abgelehnt wurde. Die Versammlung ist der Meinung, daß es im Interesse auch der Unternehmer liegt, wenn eine Vereinbarung zwischen den Organisationen zustande kommt und beschließt deshalb: Am Dienstag, 5. September, wird in allen Betrieben der elektrotechnischen Industrie die Arbeit niedergelegt. Ausgenommen von der Arbeitsniederlegung sind die als Betriebselektriker Beschäftigten." Die Resolution wird mit 504 gegen 37 Stimmen angenommen. Damit ist Hamburg und Umgegend für den Zuzug von Elektrikern und Helfern gesperrt. — Der Streikbrecher als Revolverheld. Ein Mitglied der nützlichen Gesellschaft der Streikbrecher, der am 8. November 1879 zu Tutzing geborene Schlossergeselle Johann Stiebig, hat am Sonntag nachmittag einen Mordversuch verübt. St., der bekannt ist, überall dort zu arbeiten, wo gestreikt wird, und stets einen scharfgeladenen Revolver bei sich trägt (!), der auch Mitglied der gelben Gewerkschaft ist, wohnte bei der von ihrem Ehemann getrennt lebenden Frau Casper, geb. Claußen, im Keller des Hinterhauses auf dem Grundstück Bremerreihe 25. Als Frau C. dem St., als er am Sonntag nachmittag in angetrunkenem Zustande nach Hause kam, Vorwürfe machte, geriet St. so in Zorn, daß er zu seinem geladenen Revolver griff und einen Schuß auf die wehrlose Frau abgab. Der Schuß traf die Frau in der linken Hüfte und verletzte sie schwer, aber nicht lebensgefährlich. St. entfernte sich nach der Tat, kam aber später, als die Frau ins St. Georger Krankenhaus transportiert worden war, wieder zurück, um sich nach dem Befinden seines Opfers zu erkundigen. Er wurde verhaftet und dem Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Neumünster. Jugendliche Brandstifter. In Wittorf zündeten gestern nachmittag 4 Uhr zwei Knaben einen Strohdiemen an. Das Feuer sprang auf den Besitz des Kätners Wittorf über; Wohnhaus und Schuppen brannten nieder. Durch Flugfeuer wurden weiter das Wohnhaus und große Erntevorräte des Landmannes Ohrt vernichtet. Das Wohnhaus des Kätners Pohlmann, das ebenfalls brannte, konnte gerettet werden.

Burg a. Fehmarn. Erfolgreiche Landarbeiterbewegung. Die an den Dreschmaschinen beschäftigten Landarbeiter der Insel Fehmarn, die fast sämtlich im Landarbeiterverband organisiert sind, traten kürzlich in eine Lohnbewegung ein. Bekanntlich ist die fruchtbare Insel der Sitz einer großen Zahl reicher Bauern, denen die agrarische Wirtschaftspolitik die Taschen recht ansehnlich gefüllt hat. An ihre Arbeiter dachten die strammen Landwirtsbündler natürlich nie. Noch während dieser Ernte zahlten sie bisher für die schwere und staubige Arbeit an den Dreschmaschinen 2,00 bis 2,30 Mk. pro Tag. Dieser erbärmlichen Entlohnung waren die Arbeiter endlich überdrüssig. Sie hielten am 27. August eine Versammlung ab, in der 2,50 Mk. bis 2,80 Mk. Tagelohn für Dreschmaschinenarbeit gefordert wurden. Dieser Beschluß wurde durch ein Flugblatt auf der ganzen Insel bekannt gemacht. Die Arbeiter wurden aufgefordert, nicht mehr für den alten Lohn zu arbeiten. Die Bewegung hatte einen überraschenden Erfolg. In den meisten Fällen wurde der Lohnaufschlag sofort bewilligt. An einigen Stellen kam es zur Arbeitseinstellungen. Diese dauerten nur ein bis zwei Tage. Dann mußte auch dort die Erhöhung zugebilligt werden, weil keine Arbeitswillige zu haben waren. Jetzt aber sinnen die Bündler auf Rache. In einer am Sonnabend stattgefundenen Versammlung haben sie beschlossen, keinen Arbeiter für den Höchstlohn einzustellen, obwohl dieser nur 2,80 Mk. pro Tag beträgt, also mehr als bescheiden zu nennen ist. Jedem Zuwiderhandelnden wurde eine Konventionalstrafe angedroht. Eventuell solle er die Maschine stillstehen lassen. Inwiefern dieser Beschluß durchgeführt werden kann, wird die Zukunft lehren. Die Arbeiter werden jedenfalls fest zusammenhalten. Sie ersuchen dringend, den Zuzug von Arbeitskräften nach der Insel Fehmarn fernzuhalten.

Briefkasten.

Der Arbeiter-Turnverein hält seine Übungsstunden im Lokale des Herrn Brasch in der Hundestraße ab. Es turnen: Die Altersriege Montags von 9—10 Uhr abends, die Damenriege Mittwochs von 9—10 Uhr, Männerriege und Jünglinge Dienstags und Donnerstags von 9—11 Uhr, Knabenriege (2 Abteilungen) Montags, Mittwochs, Freitags und Sonnabends von 6½—8½ Uhr und Mädchenriege Dienstags und Donnerstags von 6½—8½ Uhr.

Fünf Streitende. Die Ausgehezeit setzt das Statut jeder einzelnen Kasse fest. Der Arzt kann wohl eine Verringerung derselben vorschreiben, aber keine Verlängerung. Wenn ein Kranker bei der Orts-Krankenkasse bis 8 Uhr ausgehen darf, so kann er deshalb, wenn eine andere Kasse eine kürzere Frist vorschreibt, nicht bis 8 Uhr ausbleiben, sonst setzt es von der anderen Kasse einen Verweis oder gar Strafe.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling; Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.

Zahlstelle Lübeck.

Nachruf.

Am Sonntag, dem 3. September, starb unser Mitglied, der Kollege

Johann Denker.

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 6. September, nachm. 3 Uhr, von der Halle des Vorwerker Friedhofes aus statt.

Versammlung zur Teilnahme an derselben nachmittags 2½ Uhr beim „Weißen Hirsch".

Die Ortsverwaltung.

Fortzugshalber **eine Zwei-Zimmer-Wohnung** zu vermieten

Dornestraße 19a, I., l.

Eine kleine Wohnung zu vermieten an einzelne Leute

Sedanstraße 21.

Ein freundliches **Zimmer** nach vorne an 1 od. 2 Herren od. anst. junges Mädchen zu vermieten

Brüderstraße 4a, pt.

Kanalstr. 20 zum 1. Oktober 1911 **2-Zimmer-Wohn.** im Preise von 170—180 Mk. zu vermieten.

Näheres daselbst part.

Ein Friseur-Lehrling zum 1. Oktober 1911 gesucht.

A. Schuldt, Glockengießerstr. 7.

Gesucht zu sofort

zwei Schuhmacher.

Langbehn, Geverdesstr. 32.

Gesucht ein zuverlässiger **Bursche** von 15—17 Jahren zum 10. d. M. Meldung nach 5 Uhr.

Stadthallenbühne.

Kl. Haus Nähe der Schwartauer Allee zu kaufen gesucht. Angeb. mit Preisangabe v. **P N** an die Exped. d. Bl.

Zu kaufen gesucht ein alter **Teppich, Tisch und Ofenschirm.** Angebote mit Preis u. **K R** an die Exped. d. Bl.

Zwei eiserne Zülöfen zu verkaufen.

Pfaffenstraße 6.

Zu verkaufen ein v. **Kachelherd** mit Bratofen und Beikessel.

Ratzeburger Allee 25b, p.

Junge belg. Riesenkaninchen zu verkaufen.

R. Schrör, Tremskamp 8.

Preis 90 Pfg. pro Pfund.

Fabrik-Niederlage: **Kühl & Davidsen, Lübeck, Braunstraße 38.**

Dr. Schlomer

von der Reise zurück

Mittwoch, den 6. September.

Sonnabend eine junge **Terrierhündin** entlaufen. Abzugeben

Vorwerk, Bogenstr. 10.

Abreisenden aufbewahrt u. nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer 2c. im Lagerhaus und Speditionsgeschäft **Fischergr. 52.**

Weine, Spirituosen u. Liköre

in jeder Preislage

empfiehlt

J. H. Stooß, Engelsgrube.

Käse! Käse!

Vollfetten und fetten Tilsiter, durch Hitze gelitten,

20, 30, 40 Pfg. per Pfund, so lange Vorrat reicht.

Fleischhauerstraße 48.

Tilsiter Fettkäse Pfd. 20 Pfg. Käselager Schlumacherstr. 12.

Verband deutscher Gastwirtsgehilfen.

Versammlung

am Mittwoch, d. 6. Septbr.

abends 8½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus"

Johannisstraße 50—52.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Der Vorstand.

Hansa-Salicyl

müssen Sie verlangen, wenn Sie ein unbedingt sicheres, einfaches und billiges Mittel zur **Frischhaltung alles Eingemachten** u. nebenbei noch wertvolle Prämien haben wollen. Auch **Hansa-Backpulver, Hansa-Puddingpulver** u. Hansa-Vanillinzucker zählen mit bei der Prämienverteilung. Prämienverzeichnisse überall umsonst oder von

Nährmittelfabrik „Hansa", Hamburg 6.

Beerdigungsinstitut Gebr. Müter

Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.

Uebernahme ganzer Beerdigungen.

Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen.

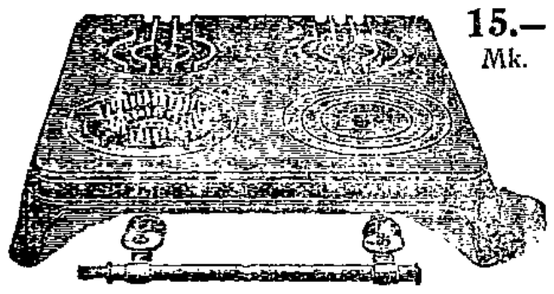
Einkleidungen jeder Art. ✻ Billigste Preise.

W. Klüssendorf

Klempner u. Mechaniker

Hüxstr. 116/118 Lübeck Fernsp. 1159

Installation von Gas-, Wasser-, Klosett- und Badeleitungen, Haustelegraphen und Blitz-ableitern. — Anlage von Bierleitungen.



15.— Mk.

Reparatur-Werkstatt. — Rote Rabattmarken oder 4% in bar.

Achtung!

Deutscher Bauarbeiter-Verband

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, dem 6. September

abends 8½ Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:

1. **Die Differenzen auf verschiedenen Arbeitsplätzen.**
2. Kartellbericht.
3. Bericht vom Gewerkschaftshaus, 2. Quartal.
4. Bekanntgabe der statistischen Erhebung.
5. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist unbedingt notwendig.

Außerordentliche Generalversammlung der Seefahrer-Krankenkasse (e. H. Nr. 16)

am Sonntag, d. 10. Sept. 1911, nachm. 4 Uhr,

im Lokale des Herrn J. Jürß, Engelsgrube 59.

Tages-Ordnung: Die neue **Reichsversicherungsordnung** und wie stellen wir uns dazu. — Das Erscheinen **sämtlicher Mitglieder** ist **dringend** notwendig.

Der Vorstand.

Einladung zum

Ball des Harmonika-Klubs „Lorelei"

am Sonnabend, dem 9. September 1911

im Lokale des Herrn **H. Pagel, Zentral-Hallen.**

Anfang 8 Uhr. Ende morgens.

Hierzu ladet freundl. ein **Der Vorstand.**

Leiter- und Kastenwagen

besonders starke, als: Spielwagen und für den Hausgebrauch, in allen Größen, Tragkraft bis 600 Pfund von **3.25** Mk. an.

Ernst Brandes, Lübeck,

Breite Straße 9.

Deutscher Transportarbeiterverband

Mitgliedschaft Lübeck.

Versammlung

der in

Schwartau u. Umgeg.

wohnhaften Kollegen

Donnerstag, 7. Septbr.

abends 8½ Uhr

bei Pinkert (Gasthof Transvaal), in Schwartau.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Kollegen, erscheint sämtlich.

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Versammlung der weiblichen Mitglieder

Mittwoch, 6. d. M.

abends 8½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus"

Johannisstrasse 50-52.

Zahlreichem Besuch der Versammlung sieht entgegen

Die Vertrauensperson.

Achtung Maler!

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, dem 6. Sept.

im „Gewerkschaftshaus"

Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:

1. Agitation.
2. Kartellbericht.
3. Gewerkschaftshaus.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Kolosseum.

Heute und folgende Tage:

Das Nachtjackenviertel

Größter Schlager der Zeit. Über 445 mal in Hamburg aufgeführt.

Die Direktion.

Hansa Theater

Täglich 8¼ Uhr:

Gastspiel der Amerikan. Sensations-Comödien-Company.

Der Selbstmord-Klub.

I. Akt: Ein lebensmüder Millionär.
II. „ Ein Abend im Selbstmord-Klub.
III. „ Die Todeskarte.
IV. „ Im Irrenhaus Prof. Marble.

Vorverkauf bei Sager.

Vorzugskarten zu ermäßigten Preisen, wochentags an der Abendkasse gültig, sind in den durch Plakate kenntlichen Geschäften gratis zu haben.

Stadthallentheater.

Mittwoch 8 Uhr. 77. Ab.-Vorst.

Letzte Woche!

Zum 4. Male:

Théodore & Cie.

Es können nur noch 3 Aufführungen dieses Schwank-Schlagers stattfinden

Donnerstag: **Theodore & Cie.**

Freitag: Benefiz **Josefine Seifert.**

Unter gefl. Mitw. **Hans Helm. Koch**

Norachen.

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Redigiert von **Klara Zetkin.**

Mit den Beilagen: **Für unsere Mütter und Hausfrauen. Für unsere Kinder.**

Erscheint alle vierzehn Tage in Nummern a 10 Pfg oder bei Postbezug vierteljährlich 65 Pfg. (inkl. Bestellgeld).

Von Friedr. Gerstäckers gesammelten Werken

empfehlen wir allen Lesern einer guten Unterhaltungslektüre nachbenannte Romane und Erzählungen

Im Busch. Regulatoren in Arkansas. Streif- und Jagdzüge in Nordamerika. Gold, kalifornische Erzählung. Im Eckfenster. General Franco. Unter dem Aequator. Die Kolonie, brasilianisches Lebensbild. Der Kunstreiter. Flußpiraten des Mississippi. Aus zwei Weltteilen u. a. m.

Sämtliche Bände sind schön gebunden und illustriert zu dem billigen Preis von nur Mk. 1.30 pro Band durch unsere Buchhandlung zu beziehen.

Friedr. Meyer & Comp.

Johannisstraße 46.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 207. Dienstag, den 5. September 1911. 18. Jahrg.

„Sozialdemokratische Mißwirtschaft“ in Krankenkassen.

Im Mai d. J., als das Attentat auf das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter perfekt geworden war, hielt das Düsseldorfer Zentrum eine Versammlung ab, in der der christliche Gewerkschaftssekretär Noven den Auftrag hatte, die arbeiterfeindlichen Sünden seiner Partei nach Möglichkeit zu rechtfertigen. Er tat das in der bekannten Manier, daß er über die „Mißwirtschaft“ in den „sozialdemokratischen“ Ortskrankenkassen zeterte, wobei er zum Beweis auch die Düsseldorfer Gemeinsame Ortskrankenkasse heranzog. Der Vorstand dieser Kasse beauftragte darauf seinen ersten Vorsitzenden, einen Ziegeleibesitzer Hüllstrung, im Namen sämtlicher Vorstandsmitglieder zu klagen. Diesem Auftrage kam Hüllstrung aber nur insofern nach, als er für seine Person Klage erhob; außerdem stellte auch der Geschäftsführer der Ortskasse, Leyser, Strafantrag. Die Sache kam am Sonnabend, 26. August, zur Verhandlung. Der Angeklagte erklärte, den Wahrheitsbeweis für seine Behauptung, bei Anstellungen in der Düsseldorfer Ortskrankenkasse werde weniger auf die Qualifikation oder Tüchtigkeit der Bewerber als auf deren Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei gesehen, die sozialdemokratische Propaganda würde bei dieser Kasse offen betrieben, führen zu wollen. Er ließ zu diesem Zwecke ein früheres bürgerliches Vorstandsmitglied, den Kunsthändler Fiset, aufmarschieren, der viele Jahre den Vorsitz in der Anstellungskommission geführt hatte und beobachtet haben wollte, daß bei der Anstellung neuer Kräfte Sozialdemokraten bevorzugt worden seien. Der Geschäftsführer Leyser habe in seiner Kassenführung sich Schlampereien zuschulden kommen lassen; wären diese einem andern, nichtsozialdemokratischen Beamten nachgewiesen worden, so würde dieser gewiß sofort seines Postens enthoben worden sein. Leyser habe eines Nachts auch ein „Frauenzimmer“ in das Kassenlokal geschleppt und einen Wächter der Wach- und Schließgesellschaft, der kontrollieren kam, bedroht. Auch andere sozialdemokratische Beamte, die sich Verfehlungen zuschulden kommen ließen, habe der Vorstand gestützt, wie er auch nichts gegen die in den Kassenräumen betriebene Propaganda für den „sozialdemokratischen“ Krankenkassenbeamtenverband unternommen habe.

Zu diesen Bekundungen wurde in der Gerichtsverhandlung festgestellt: In der angegriffenen Kasse werden etwa 36 Personen beschäftigt, von denen die große Mehrzahl Zentrumsanhänger sind, Sozialdemokraten sind darunter noch nicht so viel, als an den fünf Fingern einer Hand hergezählt werden können. Immer hat über die Anstellung von neuen Beamten völlige Einmütigkeit zwischen Arbeiter- und Unternehmervertretern geherrscht; der Zeuge Fiset insbesondere hat früher nie etwas gegen den Anstellungsmodus einzuwenden gehabt, sondern im Gegenteil immer seiner Freude darüber Ausdruck gegeben, daß in puncto Anstellungen die Beschlüsse einstimmig gefaßt würden. Die Beamten sind von Vorstandsmitgliedern nie im Sinne irgendeiner Partei beeinflußt worden; als ein Beamter einmal in der Kasse eine Sammelliste zirkulieren ließ, ist ihm das sofort vom Geschäftsführer verboten worden. In den Beamtenverband ist noch keiner hineingezogen worden; es ist dies eine Angelegenheit, die die Beamten unter sich regelten. Der Vorsitzende des angeblich sozialdemokratischen Beamtenverbandes ist ein ausgesprochener Zentrumsmann, der auf eigene Hand hin für den Verband unter seinen Kollegen agitierte. Was die angeblichen Schlampereien in der Kassenführung betrifft, so konnte der Geschäftsführer den Verbleib der fraglichen Gelder einwandfrei nachweisen. Dem Vorwurf, er habe sich für Reisen nach dem im Bau begriffenen Kassen-Genesungsheim zu hohe Spesen — pro Tag 10 Mk. — zahlen lassen, begegnete der Kläger mit dem Nachweis, daß der Zeuge Fiset für eine halbtägige Reise nach Köln nicht weniger als 24 Mk. liquidiert habe. Auch die angeblichen sittlichen Verfehlungen bestritt der Kläger Leyser, und stellte dann weiter fest, daß der eine Beamte, der angeblich vom Vorstande trotz grober Verschuldungen gedeckt worden war, ein Zentrumsanhänger ist. Seine Verfehlung war übrigens nur leichter Natur.

Die Vernehmung der den bürgerlichen Parteien angehörigen Beamtenzeugen bestätigte in der Hauptsache die Aussagen des Geschäftsführers. Ein liberaler Beamter erklärte, ob die Beamten Mitglied des Verbandes sein müßten, wisse er nicht. Auf ihn habe keiner einen Druck ausgeübt. Von einem Nebenkollegen Wüsthoff (einem Zentrumsmann) sei er aufgefordert worden, dem Verbande beizutreten. Verbandszirkulare habe er keine gesehen. Ein Zentrumsmann wußte überhaupt nichts zu bekunden, ein anderer Zentrumsmann, der Vorsitzende des Beamtenverbandes, Keck, betonte, von zweierlei Maß in der Behandlung der Beamten wisse er nichts. Und noch ein weiterer Zeuge sagte aus: „Seit Anfang Juli d. J. bin ich bei der Kasse. In meinem Bewerbungsschreiben habe ich kein Hehl daraus gemacht, daß ich als früherer katholischer Lehrer der Zentrumspartei angehöre. Herr Leyser hat mir gesagt, ich gebe nichts darum, welcher Partei Sie angehören, aber Politik muß mir aus dem Bureau bleiben.“

Alle diese Zeugenaussagen werden von der Zentrumspresse und ihren reichsverbändlerischen Nachbetern glatt totgeschwiegen. Verschwiegen wurden auch fast sämtliche dem Angeklagten nicht günstigen Aussagen des Geschäftsführers Leyser, und mit keinem Wort wird ferner erwähnt, daß dieser Leyser selbst vor drei Jahren bereits wegen grober Disziplinwidrigkeiten aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen worden ist. Unser Düsseldorfer Parteiblatt bemerkt über die Persönlichkeit Leysers:

„Was die angeblichen Verfehlungen des Kassenführers Leyser anbetrifft, so wird es Sache des Vorstandes sein, sich hierzu zu äußern. Als vor etwa drei Jahren Herr Leyser wegen seiner wiederholten Disziplinwidrigkeiten aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen wurde, da war es gerade die bürgerliche Presse, die sich seiner annahm und aussprach, die Partei stoße die fähigsten Köpfe von sich ab. Wir wetten tausend gegen eins: hätte der Vorstand den Herrn Leyser wegen eines der von Herrn Fiset angegebenen Vorkommnisse entlassen, die ganze Zentrumspreßmeute hätte über den „Gewaltakt“ des „sozialdemokratischen Kassenvorstandes“ Entrüstung gemimt und geschrien: Seht da, nachdem sie den fähigsten Kopf aus ihrer Partei hinausgeworfen, werfen sie ihn auch aus seiner Stellung, überliefern ihn dem Hunger. — Dabei ist Leyser übrigens noch nicht einmal so glimpflich davongekommen, er hat unseres Wissens „eine Rüge im Sinne des Vertrages“ bekommen, und auch Herr Fiset weiß, daß das etwas anderes als „nur eine Rüge“ bedeutet; es bedeutet, daß der Vorstand bei Anlaß zu einer erneuten Rüge zur sofortigen Entlassung des Kassenführers berechtigt ist.“ Die Verhandlung endete, nachdem Hüllstrung seine Klage zurückgezogen hatte, mit folgendem Vergleich: Leyser erklärte, nach den Aussagen des Zeugen Fiset sei er gezwungen, den ersten Teil der Privatklage bezüglich der Anstellung von Beamten zurückzuziehen. Der Beklagte Noven gab folgende Erklärung: Ich, der Beklagte Noven, erkläre, daß Herr Leyser sich an der bei der Kasse betriebenen sozialdemokratischen Propaganda nicht beteiligt und eine solche auch nicht gebilligt hat. Die Gerichtskosten werden von den Privatklägern und von Leyser 15 Mk. der Rechtsanwaltskosten des Beklagten Noven übernommen.

* * *

Soweit der Bericht. Wir haben die Angelegenheit etwas ausführlicher behandelt, weil in dem bevorstehenden Wahlkampfe die Feinde der modernen Arbeiterbewegung sicherlich mit dem Düsseldorfer „Fall“ eifrig kreb'en gehen werden, um damit die Strangulierung der Selbstverwaltung in den Ortskrankenkassen durch die Reichsversicherungsordnung zu rechtfertigen. Wenn man den Bericht aufmerksam verfolgt, so muß man überhaupt den Eindruck gewinnen, daß es sich bei der Klage um einen wohlvorbereiteten Plan der Schwarzen handelt. Jedenfalls ist es auffallend, daß der Vorsitzende nicht dem ihm gewordenen Auftrag gemäß die Klage für den ganzen Vorstand angestrengt und während der Beweisaufnahme die Klage zurückgezogen hat. Auffallend ist auch die Rolle des Zeugen Fiset, der die Behauptung, daß die Anstellungen immer einstimmig erfolgt seien, nicht bestritten hat, jetzt aber als Zeuge sich in Widerspruch zu diesem Verhalten bringt. Nicht minder auffallend ist, daß auch der Kassenführer Leyser, der sich in der Verhandlung heftig gegen den Vorwurf der Bevorzugung von sozialdemokratischen Beamten gewehrt, die diesbezügliche Klage zurückzog, obwohl ihm seine Behauptung von Angestellten, die dem Zentrum angehören, bestätigt wurde. Und er selbst ist ja ein lebendes Beispiel für seine Behauptung, daß nicht allein die Parteizugehörigkeit entschieden hat. Aber es mag ruhig zugegeben werden, daß der Kassenvorstand in seiner Gutmütigkeit hier und da die Zügel etwas hat am Boden schleifen lassen; soviel steht heute schon fest: die Partei als solche wird von der Affäre durchaus nicht berührt, die Ausbeute, die der Prozeß bietet, ist derartig mager, daß das Zentrum und seine bürgerlichen Freunde mit diesem Wahlbluff herzlich wenig ausrichten werden.

Das Reichsvereinsgesetz in Braunschweig aufgehoben.

Bei der Beratung des Reichsvereinsgesetzes gab der damalige Staatssekretär des Inneren, jetzige Reichskanzler von Bethmann Hollweg, die feierliche Erklärung ab, daß das Reichsvereinsgesetz nur seinem liberalen Geiste entsprechend ausgelegt werde. In Preußen hat man sich wenig um dieses Versprechen gekümmert, in Braunschweig noch weniger. Jetzt hat es nun das braunschweigische

Kraft.

Roman von Fritz Mauthner.

(37. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

„Aber, mein teures Kind, wie konnte ich nur so egoistisch sein. Aber natürlich doch! Meine Nichte ist nämlich aus Dresden hergekommen, und ich bin nur ihr zu Gefallen mitgegangen. Und nun versperre ich ihr stundenlang die Aussicht mit meinem alten Hut. Warum hast du denn das nicht gleich gesagt, Anna Maria, jetzt kannst du dir ja fast nur noch den Saal ansehen. Aber eigentlich hast du recht. Die Urteilsverkündigung muß doch das Packendste sein.“

Inzwischen war die Tante zurückgetreten und erkundigte sich beim Assessor, ob der Pole heute ordentlich zu Mittag gegessen hätte.

Stumm nahm Marianne den Platz der Tante ein. Sie mußte ein Weilchen die Augen schließen. Ihr schwindelte.

Als sie die Augen wieder öffnete, glaubte sie dem Rechtsanwalt van Tenius die Hand reichen zu können. So nahe sah sie ihn plötzlich. Er unterhielt sich immer noch mit dem Angeklagten und schaute nicht auf. Dann trat der Staatsanwalt auf ihn zu; er schien eine höfliche Bemerkung zu machen, und die beiden Herren besprachen sich. Sie reichten einander die Hände, und der Staatsanwalt ging wieder auf seinen Platz zurück. Über die Züge des Verteidigers glitt ein nervöses Lächeln. Er setzte sich auf seinen Stuhl und starrte vor sich hin.

Marianne verwandte keinen Blick von ihm. Unhörbar sprach sie seinen Namen aus. Robert! Robert! Immer sehnsüchtiger, immer willenloser hauchte sie den Namen, und schon bewegte sie dabei die Lippen. Minutenlang hielt sie so ihre Augen auf ihn geheftet, und wollte ihn zwingen zu ihr aufzuschauen.

„Robert!“ Dieses Mal flüsterte sie den Namen. Van Tenius ließ seine Augen über das Publikum schweifen, dann durch den Saal, auch an Marianne vorüber. Aber er nahm sie nicht wahr. Wieder starrte sie ihn an.

„Robert!“ sie hätte es laut rufen mögen. Abermals hob van Tenius seinen Kopf, und jetzt gerade nach der Richterloge, als ob vorhin etwas auf ihn Eindruck gemacht hätte, was er nun suchen wollte. Marianne hob unmerklich beide Hände, und jetzt erblickte er sie.

Aug in Aug blieben sie sitzen. Jeder Zug von Verlegenheit war von ihrem Munde gewichen. Die Lippen geöffnet, daß die Zähne im Gaslicht hervorblinkten, mit entsetzt aufgerissenen Augen, fragend sah sie ihn an. Van Tenius blieb unbeweglich, und ein stummer Vorwurf, daß sie gekommen sei, sah aus seinen Augen. Aber mit zitternden Fingern schien sie diesen Vorwurf beiseite zu schieben. Sie fragte nur, und fragte nur immer dringlicher mit ihren großen Augen. Da runzelte van Tenius die Stirn, verzog den Mund, die harten Linien traten hervor und langsam senkte er den Kopf.

Marianne sank in den Stuhl zurück und schloß die Augen.

Schon nach halbstündiger Beratung kehrten die Geschworenen zurück. Und ihr Obmann verkündete mit bewegter Stimme den Wahrspruch. Mit Stimmeneinhelligkeit sei das Nichtschuldig ausgesprochen worden.

Wenige Minuten darauf hatte der Gerichtshof das formelle freisprechende Urteil hinzugefügt, und der Prozeß war beendet. Van Tenius drückte dem Polen die Hand und sagte ihm, er sei frei.

Martha Neubrodt und einige der polnischen Arbeiter drängten sich an das Geländer der Anklagebank und beglückwünschten den lachenden Twarki.

Als Marianne sich auf Zureden der Tante erheben wollte, mußte sie sich an der Stuhllehne festhalten.

„Na ja, es ist auch ein Unsinn. Du bist es nicht gewohnt, mein Kind.“

Der Assessor beeilte sich, seinen Arm anzubieten, und Marianne mußte die Unterstützung ganz willenlos annehmen.

„Ich bitte um Verzeihung“, flüsterte sie. „Wenn Sie uns zu einem Wagen bringen wollten.“

Fest in den Arm ihres Begleiters gehängt, schritt sie langsam die Treppe hinunter. Auf dem Korridor vor dem Schwurgerichtssaal standen eine Menge Menschen. Dicht an der Tür der Verteidiger. Die Stiftstante bemerkte ihn zuerst und nannte laut seinen Namen. Er blickte auf und sah Marianne am Arm des Assessors. Er trat im Gedränge etwas näher. Sie lächelte gezwungen. Endlich flüsterte sie:

„Bitte, liebe Tante, ich möchte ..... dem Rechtsanwalt ...“

„Du hast ganz recht, Anna Maria. Es ist ihm auch Glück zu wünschen. Ich hätte ihn auch freigesprochen. Ich habe noch niemals .... Jawohl, Herr Rechtsanwalt, bemühen Sie sich doch herüber. Wir müssen Ihnen Glück wünschen. Und ... guten Tag, Herr Rechtsanwalt, meinen herzlichsten Glückwunsch. Und meine Nichte ist vor Aufregung beinahe ohnmächtig geworden. Der Herr ist so freundlich, und darf ich ...“

Der Kammergerichtsassessor und der Herr Rechtsanwalt kannten einander flüchtig, und wechselten einige Worte. Immer noch hatte van Tenius kein Wort von Marianne vernommen.

Jetzt ließ sie mit einem fast verlegenen Lächeln den Arm ihres Begleiters los und sagte mit zitternd flüsternder Stimme:

„Ich bin nicht mehr schwach, ich danke. Herr Rechtsanwalt ... Ich fürchtete, wir würden uns nicht so bald wiedersehen. Nun bin ich da.“

Sie konnte nicht weiter sprechen und atmete schwer. Sie lächelte dabei und nahm den Arm des Assessors nicht wieder an.

Unsicher schaute van Tenius sie an.

„Und muß ich fürchten, gnädige Frau, daß wir uns sobald nicht wiedersehen?

„Ich weiß nicht, Herr Rechtsanwalt. Ich bin wirklich ... ich bin .... ich bleibe bis .... Vielleicht bin ich morgen vormittag noch bei meiner Tante. Suchen Sie mich dort auf. Auf die Gefahr hin ... Wenn es mir nicht möglich ist, Sie zu sehen, so werde ich schon abgereist sein.“

„Sie ist ganz konfus, Herr Rechtsanwalt. Aber Anna Maria! Du meinst, wenn du abgereist sein wirst, wirst du den Herrn Rechtsanwalt nicht sehen können.“

Marianne rang nach Atem.

„Kommen Sie ganz früh.“

Zweimal zuckte sie mit ihrer rechten Hand und dann streckte sie sie ihm entgegen.

„Kommen Sie ganz früh, lieber Freund. Ich glaube, ich werde nicht gehen. Und jetzt, der Herr Assessor war so gütig. Er wird uns zu einem Wagen bringen.“

„Auf Wiedersehen“, sagte van Tenius mit einer ganz unmotivierten Betonung.

„Merkwürdig“, erwiderte der Assessor auf eine Bemerkung der Stiftstante. „Er ist sonst ein ganz famoser Mensch. Aber diese Rechtsanwaltskarriere .... er hat ja förmlich schon theatralische Betonungen. Aber ich bitte um Verzeihung. Die Herrschaften sind mit ihm näher bekannt“.

„Er war mit meinem Neffen befreundet. Mein Neffe war darin sehr eigen.“

Die Tante plauderte weiter, und der Assessor führte die Damen artig zu einer Droschke.

„Darf ich die Kühnheit haben, mich morgen nach dem Befinden der gnädigen Frau zu erkundigen?“

„Sie sind wirklich sehr gütig, Herr Assessor, vielen Dank.“

Polizeipräsidium fertig gebracht, noch jagowitischer als Jagow zu sein.

Herr von Jagow hat die Protestversammlung im Treptower Park in Berlin nicht verboten, weshalb sich die Kriegshetzer schon ganz entrüstet fragten: warum kein Verbot? Auch die „Braunschweigische Landeszeitung", die in der Kriegshetze mit der „Post" wettläuft, stellte sich diese Frage und ließ sie sich gleich von einem Juristen beantworten, dessen Gutachten sie in der Freitagnummer mitteilte. In diesem Gutachten heißt es:

„So sehr im nationalen Interesse ein Verbot dieser nur aufreizend wirkenden sozialdemokratischen Versammlung, zu der die Teilnehmer wieder einmal nach beliebtem sozialistischen Prinzip „kommandiert" werden (die Ordner überwachen bekanntlich streng, daß niemand, der einer Gewerkschaft angehört, fehlt) wäre, so ist es doch durch das neue Reichsversammlungsgesetz vom 19. April 1908 der Polizeibehörde gesetzlich unmöglich gemacht, die Versammlung zu verbieten. Nach dem neuen Vereinsgesetz (§ 7) darf die Polizeibehörde die Genehmigung zu einer öffentlichen Versammlung nur versagen, wenn Gefahr für die öffentliche Ordnung besteht. Andere Erwägungen dürfen für die Polizei als Ausführer der Gesetze nicht in Betracht kommen. . . ."

So schreibt der „Landeszeitung" ein Jurist, dem der „liberale" Geist des Reichsvereinsgesetzes offenbar ein Greuel ist, und der, wie die haltlose und alberne Behauptung, die Ordner wachten darüber, daß niemand, der einer Gewerkschaft angehöre, fehle, zeigt, daß er von reichsverbändlerischem Geiste durchdrungen ist. Dennoch muß er zugeben, daß das Verbot einer Versammlung unter freiem Himmel ungesetzlich ist.

Kaum hatte die „Landeszeitung" dieses Gutachten veröffentlicht, da wurde dem sozialdemokratischen Ortsverein folgender Ukas des Braunschweigischen Polizeipräsidenten zugestellt:

„Herzogliche Polizeidirektion.

Nr. 6805/I. Braunschweig, den 31. August 1911.

Auf Ihren Antrag vom 30. d. Mts. auf Erteilung der Genehmigung zur Abhaltung einer öffentlichen Versammlung am 3. kommenden Monats auf dem Amalienplatze eröffne ich Ihnen, daß die nachgesuchte Erlaubnis gemäß § 7 Absatz 2 des Reichsvereinsgesetzes damit versagt wird, weil aus der Abhaltung der Versammlung Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist.

Anläßlich früherer seitens der sozialdemokratischen Partei unter freiem Himmel abgehaltener Volksversammlungen ist es wiederholt zu Verstößen gegen die bestehenden Gesetze gekommen. So ist regelmäßig nach Schluß der Versammlungen der größere Teil der Teilnehmer in geschlossenem Zuge durch verschiedene Straßen der Stadt gezogen, hat gesungen, laut gerufen, gepfiffen, Pfuirufe ausgestoßen, Gewalttätigkeiten begangen und sich durch die Art ihres Zusammenhaltens und Benehmens in unverkennbarer Weise als Demonstranten gebärdet. Zum Teil sind die Umzüge erfolgt, obwohl die Versammlungen nur unter der ausdrücklichen Bedingung genehmigt waren, daß sich an sie ein Aufzug nicht anschließe, und obwohl diese Bedingung von den Versammlungsleitern und durch die Presse bekanntgegeben war. Die Aufzüge sind somit unter Verletzung der Vorschriften des Vereinsgesetzes und in bewußter — zum Teil schon bei der öffentlichen Verkündung der polizeilichen Bedingung durch Gelächter kundgegebenen — Aufhebung gegen die ausdrückliche behördliche Anordnung veranstaltet.

Eine derartige absichtliche Zuwiderhandlung zusammengeschlossener Menschenmengen gegen gesetzliche Bestimmungen und Anordnungen der Polizeibehörde gefährdet in hohem Maße die öffentliche Sicherheit. Da sich ferner die Teilnehmer an einem solchen Aufzuge infolge der unmittelbar vorher bei der Versammlung gehaltenen aufreizenden Reden, wie sie auch für die in Aussicht genommene Versammlung zu erwarten sind und mit denen regelmäßig eine ständige politische Verhetzung durch den „Volksfreund" Hand in Hand geht, in erregter Stimmung zu befinden pflegen, besteht außerdem die dringende Befürchtung, daß sich bei einem zufälligen äußeren Anlasse aus der Demonstration weitere Gewalthandlungen und Ausschreitungen schlimmster Art entwickeln.

Daß die Veranstalter und Leiter der sozialdemokratischen Versammlungen die durch die Straßen ziehenden aufgeregten Menschenmassen nicht mehr zu leiten und in Schranken zu halten imstande sind, hat sich wiederholt gezeigt.

Unter diesen Umständen besteht keine Gewähr dafür, daß bei der geplanten Versammlung die bindenden gesetzlichen und behördlichen Anordnungen die erforderliche Achtung finden; es ist vielmehr die Annahme berechtigt, daß durch die Abhaltung der Versammlung die öffentliche Sicherheit in ernster Weise gefährdet werden wird.

v. d. Busch."

Der braunschweigische Polizeigewaltige von dem Busch erläßt also aus eigener Machtvollkommenheit für Braunschweig ein Ausnahmegesetz und hebt das Reichsvereinsgesetz einfach auf. Er tut genau das, was der juristische Gutachter der „Landeszeitung" für ungesetzlich erklärt hat!

Die Konstruierung einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, die sich der braunschweigische Polizeipräsident leistet, ist ganz hinfällig. Die braunschweigische Polizei verlangt nämlich von den Besuchern öffentlicher Versammlungen, daß sie nach Schluß der Versammlung plötzlich von der Oberfläche verschwinden und unsichtbar werden. Das ist gerade in Braunschweig erst recht unmöglich, weil die Versammlungen in der Außenstadt stattfinden und alle Teilnehmer, die in anderen Stadtvierteln wohnen, natürlich die enge Innenstadt passieren müssen, in die von jedem Außenstadtteil nur eine enge Straße hineinführt. Es ist deshalb ganz selbstverständlich und geradezu naturnotwendig, daß nach Schluß einer von Tausenden besuchten Versammlung gewisse Straßen, die in das Zentrum führen, von einem starken Passantenzug bevölkert werden. Solange die Menschen noch keine Flügel haben, können sie sich auch nicht verkrümeln. Erst auf den größeren Plätzen, von denen zahlreichere Seitenstraßen abführen, kann sich die Masse zerstreuen. Nun sperrt aber an den größeren Plätzen die Polizei gerade die Hauptzerstreuungsadern, weil sie zum Ministerialgebäude, zum Polizeigebäude, zum Schlosse usw, führen, regelmäßig ab, wodurch sie die Zerstreuung aufhält und außerordentlich erschwert. Das nennt dann die Polizei eine Demonstration. Sie selbst ist es, die solche Demonstrationen geradezu erzwingt!

Ganz kraß aber ist der zweite Teil der Begründung. Da erwartet die Polizei aufreizende Reden, spricht von der ständigen politischen Verhetzung im „Volksfreund", von der dadurch erzeugten erregten Stimmung usw. Sie bekümmert sich also um Dinge, um die sie sich, selbst nach dem juristischen Gutachten der „Landeszeitung", nicht zu kümmern hat. Wenn mit solchen vagen subjektiven Vermutungen das Verbot einer Versammlung unter freiem Himmel begründet und die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit nachgewiesen werden kann, dann läßt sich jede Versammlung unter freiem Himmel verbieten, dann ist das Reichsvereinsgesetz aufgehoben!

Wir fragen deshalb die Reichsregierung, ob sie es dulden kann, daß der Bundesstaat Braunschweig ein Reichsgesetz einfach mißachtet und es in einer Weise deutelt, die den Willen des Gesetzgebers verhöhnt und das Gesetz selbst illusorisch macht! Bei dem Zusammentritt des Reichstages muß die Reichsregierung über das braunschweigische Willkürregiment, das sich über klare Reichsgesetze hinwegsetzt, ernstlich interpelliert werden.

Was die braunschweigischen Gewalthaber erreichen, zeigt übrigens das Anwachsen der sozialdemokratischen Organisation in Braunschweig. Der sozialdemokratische Ortsverein der Stadt Braunschweig zählte im Juli 1906: 1489 Mitglieder, im Juli 1907: 3012, jetzt sind über 7000 Mitglieder zu verzeichnen!

Aus der Partei.

Die Parteitagsnummer der „Neuen Welt" würdigt in diesem Jahre in Wort und Bild nicht nur Jena, den Ort der Tagung, sondern das ganze Thüringer Land. In einer Reihe von Illustrationen werden uns historisch interessante Stätten Thüringens vor Augen geführt, die, wenigstens dem Namen nach, jedem Leser bekannt sein dürften. Heinrich Schulz gibt in einem fesselnden Artikel, der die landschaftlichen Schönheiten Thüringens würdigt, Auskunft über die im Bilde vorgeführten Sehenswürdigkeiten. Parteigeschichtliche Erinnerungen, die ein klares und gutes Bild von dem Anwachsen der Sozialdemokratie in den Thüringischen Staaten geben, hat F. A. Baudert beigesteuert. Ferner finden wir eine interessante kommunale Plauderei über die Stadt Jena von R. Härzer usw.

Glänzender Kommunalwahlsieg. In Weißwasser in Schlesien, dem Hauptorte des Rothenburg-Hoyerswerdaer Wahlkreises, war im vorigen Jahre nach harten Kämpfen ein sozialdemokratischer Gemeindevertreter in der Person des Konsumvereinsgeschäftsführers Müller mit knapper Majorität gewählt. Vom Kreisausschuß wurde das Mandat auf Betreiben des Generaldirektors des Riesenwerks „Vereinigte Lausitzer Glaswerke" für ungültig erklärt. Obwohl die bürgerliche Gemeindevertretung gegen diese Ungültigkeitserklärung Einspruch erhob, mußte es dabei bleiben, weil der mit der Einspruchsbegründung beauftragte Jurist dies angeblich verbummelt hatte. Der neue Wahlkampf gestaltete sich äußerst erregt. Die reichsverbändlerischen Gegner ließen nicht nur im bildlichen Sinne ihre Jauchenkübel über uns ergießen, sondern auch in Natura. Der Genosse Reichard, der die unter furchtbarem Unternehmerterrorismus leidenden Arbeiter des obengenannten Werkes vor den Fabriktoren am Mittag des Wahltages mit Flugblättern versorgte, wurde von den Fenstern aus mit Jaucheneimern begossen und aus vielen Fenstern des festungsartig gebauten Werkes wurde von Werksbeamten mit Schlauchleitungen nach ihm gespritzt, so daß das Straßenbild sich etwa so ausnahm, wie man auf Neuruppiner Bilderbogen Theaterbrände abgebildet sieht. Sämtliche 22 Weißwassersche Firmen hatten durch ein terroristisches Flugblatt ihre Arbeiter zum Abstimmen für die gelben Kandidaten zwingen wollen, und Fabrik-, Post-, Bahn- und Gemeindebeamten waren zur „gelben" Abstimmung gezwungen worden. Der Wahlakt, der von 3 bis 7 Uhr angesetzt war, dauerte infolge der überaus zahlreichen Wahlbeteiligung bis nachts ¼11 Uhr. Und das Resultat: Unser Genosse Robert Müller wurde mit einer weit größeren Stimmenzahl wiedergewählt, und an Stelle eines verzogenen bürgerlichen Kandidaten Genosse Wegner neugewählt. — Unsere Genossen erhielten 438 und 435 Stimmen, während die „Gelben" 387 und 379 Stimmen erhielten. Das ist ein prächtiges Zeichen für die Reichstagswahl im Hauptorte des Bassermannschen Wahlkreises.

Parteitag der Württemberger Sozialdemokratie. Die Landesversammlung der Sozialdemokratie Württembergs nahm am Sonnabend und Sonntag einen äußerst stürmischen Verlauf. Die Verhandlungen wurden fast vollständig ausgefüllt mit der Debatte über die Differenzen in der „Schwäbischen Tagwacht". Von der Mehrheit der Stuttgarter Delegierten wurde ein Antrag vertreten auf Einsetzung einer Preßkommission von 9 Mitgliedern, wovon die Mitgliedschaften Stuttgarts 6 Mitglieder stellen sollten. Die Mehrheit der Delegierten der Landesversammlung stand jedoch auf dem Standpunkt, daß eine Preßkommission neben den bestehenden Instanzen überflüssig sei. Nach langwierigen, zum Teil äußerst erregten Verhandlungen entschloß man sich jedoch, den Stuttgartern ein prinzipielles Zugeständnis hin-

---

Zweiundzwanzigstes Kapitel.

Marie blieb auf der Heimfahrt still, erklärte aber sie wäre nicht krank. Die Tante möchte sich nur nicht um sie kümmern. Das alte Fräulein von Offendorff war auch durch alles Erlebte zu aufgeregt, um viel über den Zustand ihrer Nichte nachdenken zu können. Nur zu schweigen vermochte sie nicht. Sie schwatzte unaufhörlich von einzelnen Momenten des Prozesses; doch wer sie so reden hörte, hätte glauben müssen, im Prozeß hätte es sich um die Ermordung einer alleinstehenden Dame gehandelt.

Marianne hörte nicht zu. Langsam begann eine entsetzliche Angst sie zu überschleichen. Sie fühlte Fieberkälte durch ihre Glieder jagen.

Plötzlich weiß sie es. Sie wird schwer krank werden, viele Wochen mit dem Tode ringen und endlich sterben. Dann erst wird van Tenius erscheinen und wird an ihrer Leiche alles bekennen.

Marianne fröstelte wieder, als sie endlich vor der Wohnung ankam. Mühselig schleppte sie sich die vier Treppen hinauf.

„Ach Gott, ach Gott, mein Kind, und gerade weil es oben so viel gesünder sein soll . . . Und jetzt du, in deinem Zustand! Ich habe es immer gesagt, Gerichtsverhandlungen sind nichts für uns."

Marianne wehrte ab und erholte sich rasch, als sie in der Wohnstube niedersitzen konnte und eine Tasse heißen Tee getrunken hatte.

„Ja mein Thee, der ist noch vom guten alten Tee. Jetzt wird alles gefälscht. Und nun ein Hühnchen, mein liebes Kind. Du hast ja den ganzen Tag nicht mehr gegessen als ein Kanarienvogel."

Die gute Tante hatte ein förmliches Diner herrichten lassen, ein Diner für die sieben Zwerge.

Marianne nahm nur einige Fasern und bat dann um Verzeihung, wenn sie zur Ruhe ginge. Die Tante sprang auf und sorgte für sie wie für ein kleines Kind. Die Stiftstante hatte ihr eigenes Bett im Salon für Marianne aufschlagen lassen. Im Alkoven nebenan, der vom sogenannten Salon nur durch eine breite Portiere getrennt war, wollte die Stiftstante auf dem kurzen Salonsofa schlafen.

Marianne hatte nur den brennenden Wunsch allein zu sein. Eilig schlüpfte sie aus ihren Kleidern und legte sich nieder. Die Tante deckte sie mit einer schweren vergoldenen Seidendecke zu, setzte sich auf den Bettrand und sagte:

„Ich weiß, mein liebes Kind, du möchtest gern schlafen. Nur eins. Du hast heute früh gesagt, du wolltest morgen schon vor sieben Uhr frühstücken, um nach dem Bahnhof zu fahren. Nun ist freilich das Hühnchen dc. Aber trotzdem möchte ich wissen . . ."

„Es ist unmöglich, liebe Tante. Ich kann morgen früh nicht reisen. Du mußt mich noch ein paar Stunden länger bei dir behalten."

„Das ist es ja eben, mein liebes Kind. Du hast für morgen sogar Besuch eingeladen. Der Assessor wird vielleicht kommen, und der Rechtsanwalt sehr früh. Welche Stunde ist nun sehr früh? Nämlich du weiß, liebes Kind, ich habe augenblicklich außer meinem Schlafzimmer nur diese beiden Räume. Es ist auch genug, ein bißchen hoch, aber sonst, ich glaube, man kann nichts einwenden. Nur das, du weißt, liebes Kind, der Salon muß wieder hergerichtet und der Kamin geheizt werden, und da möchte ich doch wissen, wann du aufstehst?"

„Sehr früh, liebe, gute Tante, wenn du mich jetzt nur schlafen lassen wolltest. Ich bin so müde."

„Gute Nacht, mein liebes Kind, und sei nicht böse, wenn ich nachher noch einmal durch dein Zimmer schlüpfe. Das meine hat augenblicklich keinen anderen Zugang, und ich muß mit dem Mädchen noch rechnen, weil wir ja morgen Gäste haben. Gute Nacht, mein liebes Kind.

Sie beugte sich herab und gab Frau von Offendorff einen innigen Kuß auf die heiße Wange.

Als sie endlich allein war, wäre Marianne gern aufgesprungen, um ihre Aufregung hin und her zu führen. Sich anziehen, fortstürzen, straßauf, straßab. Aber sie durfte nicht, so legte sie ihren schweren Kopf geduldig auf ihren Arm und schloß die Augen. Sie wollte sich Mühe geben, klar zu denken, zu fassen, was vorgefallen war, und sich rücksichtslos gegen sich und ihn die notwendigen Folgen zu überlegen. Nur ein kurzes Weilchen wollte sie bei der Erinnerung verweilen, wie Robert, ohne ihre Nähe zu ahnen, so schön von seiner Liebe gesprochen hatte, seine unverlorene Liebe . . .

Und darüber mochte sie wohl eingeschlafen sein. Einmal war es ihr, als ob jemand durchs Zimmer schlich und vor ihrem Bett stehen blieb. Dann, nach langer langer Zeit, war es ihr wieder, als ob eine glühende Sonne langsam am Fußende des Bettes aufging und sie ruckweise bis hinauf zu den Armen durchglühte. Dann wußte sie von garnichts, bis sie die leise wirtschaftende Stimme der Tante aus dem Wohnzimmer vernahm. Es war ein klarer Wintermorgen und Zeit aufzustehen.

Nach einer kleinen halben Stunde öffnete sie die Tür und bot der Tante einen guten Morgen.

„Nein aber, Kindchen! Das ist recht, das ist brav! Wie ein junges Mädchen siehst du wieder aus. Das ist recht! Ich hätte die ganze Nacht aufbleiben mögen, um dich schlafen zu sehen. Du glückseliges junges Geschöpf."

Ohne Grund traten der Tante die Tränen in die Augen, und sie gab ihrem Gaste einen herzhaften Kuß auf jede Wange.

„Und nun ordentlich gefuttert nach dem gestrigen Fasttag. Heute kannst du ordentlich zulangen, ich habe daran gedacht, daß wir Gäste erwarten. Sei nur nicht böse, wenn das Mädchen inzwischen den Salon in Ordnung bringt. Es wäre schrecklich . . . wir werden uns selber bedienen."

Marianne trank ihren Kaffee und langte dann wirklich zu. Außer dem Hühnchen, das geschickt zerschnitten war, so daß man die paar fehlenden Fasern kaum bemerkte, und außer dem Rest des Heringssalats standen wieder eine Menge Tellerchen auf dem Frühstückstisch herum. Zu den Herrlichkeiten von gestern war noch ein kleines Fläschchen mit Ungarwein gekommen, drei Näpfchen mit verschiedenen Arten Cakes, ein Fingerhut voll Honig und eine verunglückte, kleine Flunder.

Marianne naschte da und dort, bis endlich ein tapferer Hunger über sie kam, und sie zur freudigen Verwunderung der Tante drei von den kleinen Weißbrötchen nacheinander verzehrte.

„Das ist recht, das ist recht!" rief die Tante immer wieder mit staunender Befriedigung.

Als Marianne erklärte, bis zum Mittagessen nicht einen Bissen mehr nehmen zu können, räumte die Tante die ganze Märchenwirtschaft sorgsam in das altmodische Büfett und sprach dabei von diesem und jenem. Endlich setzte sie sich wieder hin, legte die feine dürre Hand auf die Schulter ihrer Nichte und sagte:

„Und nun, mein Kind, sag'! Soll ich schweigen, so tu ich's. Darf ich aber reden, so tu ich's noch lieber. Du weißt ja."

Marianne reichte ihr die Hand.

„Sprich, ich bitte dich darum."

„Also sieh, liebes Kind. Damals in der Schweiz, ich mußte wirklich des Mädchens wegen weg, und sie ist ja auch soweit ganz gut. Und die Gesellschaft fuhr ja um die Zeit schon nach Hause. Man kehrt um die Zeit immer . . . nun ja, aber etwas war zwischen uns, du hast außer mir nicht leicht eine Verwandte, der du vertrauen kannst. Und auf die Verwandtschaft kommt es sehr viel an, viel mehr als du glaubst. Da sind wir also bei den Offendorffs. Sieh, mein Kind, du bist ja von Geburt nur weitläufig mit uns verwandt, aber dein armer Mann war einer, und ein Vollblut. Wie du nun anfingst, und von dem Rechtsanwalt redetest, du hast keine Ahnung, wie oft und wie, da merkte ich bald, wie es um dich stand, und glaubte dich aufmerksam machen zu müssen, daß es unmöglich sei. Wenigstens von Adel muß doch dein zweiter Mann sein. Das hast du auch eingesehen und bist garnicht in Berlin geblieben, wie eine brave Frau."

(Fortsetzung folgt.)

sichtlich der Errichtung einer **Preßkommission zu machen.** Danach soll die Preßkommission aus 7 Mitgliedern zusammengesetzt sein, von denen 4 aus der Generalversammlung des 1. Reichstagswahlkreises, 2 aus der Generalversammlung des 2. Reichstagswahlkreises und 1 aus der Generalversammlung des 4. Reichstagswahlkreises gewählt werden. Bei Differenzen soll die Entscheidung gemeinsam vom Landesvorstand, Landesausschuß und Preßkommission getroffen werden, wobei jede der Körperschaften eine Stimme haben soll. Diese Regelung schließt sich der auf dem Parteitag in Jena für den „Vorwärts" getroffenen Regelung an. Die Stuttgarter waren mit diesem Zugeständnis nicht zufrieden. Sie verlangten eine Preßkommission von 7 Mitgliedern, von denen 4 durch die Mitgliedschaften Groß-Stuttgarts und je eine aus der Generalversammlung des 1., 2. und 4. Kreises gewählt werden. Dieser Antrag wurde abgelehnt, der vorgenannte Antrag mit großer Mehrheit angenommen. Außer der Annahme dieses Antrages wurde nach Schluß der Debatte, in welcher starke persönliche Gegensätze unter den Redakteuren der „Tagwacht" mit hineinspielten, folgende Resolutionen angenommen:

1. Nachdem der Genosse Keil bestimmt erklärt hat, daß er aus seiner Stellung ausscheiden will, beauftragt die Landesversammlung den neu zu wählenden Landesvorstand, allen übrigen Redaktionsmitgliedern außer Sauerbeck zu kündigen und die Redaktion der „Tagwacht" einheitlich zu besetzen. Göhring-Ulm.

2. Die Landesversammlung spricht ihre schärfste Mißbilligung darüber aus, daß Genosse Westmeyer die in der Redaktion bestehenden Differenzen, die vor dem Landesvorstand auszutragen sind, nicht nur in der Stuttgarter Parteiversammlung zur Erörterung brachte, sondern auch durch Vervielfältigung vertraulicher Schriftstücke und zuletzt durch die Darlegung in der der Landesversammlung unterbreiteten Broschüre zu einem Parteiskandal schlimmster Art gestaltet hat, an dem die Gegner der Arbeiterklasse ihre hellste Freude haben. Die Landesversammlung verurteilt ein solches Verhalten auf das entschiedenste und bezeichnet es als unvereinbar mit den Rücksichten, die ein Sozialdemokrat den Interessen seiner Partei schuldig ist."

Die Mehrheit der Stuttgarter Delegierten entfernte sich hierauf aus dem Saale und reichte später folgende von 61 Teilnehmern der Landesversammlung unterzeichnete Erklärung ein:

„Die unterzeichneten Delegierten haben sich gezwungen gesehen, die Landesversammlung aus folgenden Gründen zu verlassen: Nicht genug damit, daß die sachlich durchaus berechtigten Anträge von der Mehrheit der Delegierten ohne sachliche Würdigung niedergestimmt worden sind, hat die Majorität auch durch die Annahme des Antrages Göhring den unterzeichneten Delegierten einen Schlag ins Gesicht versetzt. Der Antrag Göhring bedeutet sachlich die Aufhebung des prinzipiellen Beschlusses über die Einsetzung einer Preßkommission; er prellt die Mitglieder der Preßkommission auf lange Zeit hinaus um das ihnen zuerkannte Recht an der Regelung der Redaktionsverhältnisse als Gleichberechtigte teilzunehmen. In Verbindung mit dem Antrag Göhring ist der angenommene Antrag über die Pressekommission eine Farce. Damit nicht genug, der Antrag bedeutet außerdem die Maßregelung der Redakteure der „Tagwacht", Westmeyer und Krille, und das geschah nach einer etwa 1½stündigen Anklagerede des Genossen Keil, die voll der schwersten Unwahrheiten und Beschuldigungen gegen andere Redakteure war. Zu allem wurde den beiden Redakteuren Westmeyer und Krille sogar das Wort zur Erwiderung versagt und ihre persönlichen Bemerkungen brutal niedergeschrien. Ebenso wurde der vom Genossen Keil angegriffene Genosse Stecker niedergeschrien. Diese brutale Vergewaltigung der Minderheit der Delegierten durch die von Genossen Keil, Wasner und anderen Stuttgarter Genossen aufgehetzten Delegierten der ländlichen Mitgliedschaften macht es den unterzeichneten Delegierten unmöglich, der Landesversammlung länger beizuwohnen. Wir müssen es unseren Mitgliedschaften überlassen, die Konsequenzen aus diesem Verhalten der Mehrheit der Landesversammlung zu ziehen."

Eine zweite Erklärung, die von 39 Delegierten, den Vertretern der Groß-Stuttgarter Mehrheit unterzeichnet war, protestierte gegen den angewandten Abstimmungsmodus, der die Gegensätze zwischen Stadt und Land verschärft. Die Stuttgarter Parteigenossen, die das finanzielle Rückgrat der Partei darstellen, und auf deren Schultern die ganze Agitation ruht, künstlich in die Minderheit drängt. Den Schluß der Parteitagsverhandlungen bildet ein Referat des Genossen Hildebrandt über die Reichstagswahlen, bei welcher Gelegenheit eine Resolution gegen die Kriegshetzer angenommen wurde. Genosse Hildebrandt wurde zum Vorsitzenden des Landesvorstandes gewählt. Der Parteitag war von 385 Delegierten besucht.

Gewerkschaftsbewegung.

Zur Lohnbewegung im Leipziger Steindruckgewerbe. Leipzig ist die zweitgrößte Druckstadt in ganz Deutschland. Von den rund 18 000 in Deutschland beschäftigten Lithographen und Steindruckern sind allein ca. 3000 in Leipzig beschäftigt. Wie schon berichtet, hat eine von mindestens 2500 Lithographen und Steindruckern besuchte Versammlung beschlossen, den Unternehmern Forderungen einzureichen. — Die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Gewerbe sind fortdauernd ungünstiger geworden und die sich fortentwickelnde Technik stellt immer größere Ansprüche an den Arbeiter, für die bisher eine Gegenleistung nicht zu erlangen war. Die Versammlung beschloß deshalb, eine anderweitige Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen anzustreben und beauftragte die Verwaltung, den Unternehmern eine entsprechende Vorlage zuzustellen und zu deren Durchführung alle erforderlichen Schritte zu unternehmen. — Die Forderungen sind am gleichen Abend noch nach Schluß der Riesenversammlung den Unternehmern einzeln per Post zugesandt worden. Diese sollen bis zum 6. September Nachricht geben, am Donnerstag, den 7. September findet eine weitere Versammlung statt, in der Bericht über die Antworten der Arbeitgeber gegeben werden soll. Bei denjenigen, die bis Mittwoch eine befriedigende Antwort nicht gegeben haben, soll am Freitag, den 8. September die Kündigung eingereicht werden.

Die Verhandlungen in der Metallindustrie in Leipzig. Die Verhandlungen haben noch kein günstiges Ergebnis gezeitigt. Das Angebot der Unternehmer ist so, daß es unmöglich von den Arbeitern angenommen werden kann; die Unternehmer bieten eine ganz minimale Lohnerhöhung an, wollen aber andererseits einen Ausgleich für die Arbeitszeitverkürzung nicht gewähren. — Es finden zwar Montag abend noch weitere Verhandlungen statt, doch ist kaum zu erwarten, daß diese ein anderes Resultat zeitigen werden. — Die Gerüchte der bürgerlichen Zeitungen, daß die Differenzen bald beigelegt seien, entbehren jeder Grundlage; es ist im Gegenteil noch an keine Verständigung zu denken.

Zum Koalitionsrecht der Eisenbahner in Preußen. Bei einem Besuche der Eisenbahnwerkstätte in Montigny bei Metz hat der Eisenbahnminister v. Breitenbach eine Konferenz mit dem Arbeiterausschuß und den Vertretern der Organisation des Eisenbahnarbeiterverbandes abgehalten. Der Minister äußerte bei Besprechung der Maßregelung von Eisenbahnarbeitern, daß er dem Verband nicht feindlich gegenüberstehe; er mißbillige die Arbeiterorganisation nicht, allein die scharfe Stellungnahme des Verbandes gegen die Verwaltung veranlasse ihn, den Verband künftig schärfer ins Auge zu fassen. — Preußisches Koalitionsrecht! Der Minister „mißbilligt" die Arbeiterorganisation nicht, wenn sie lediglich zur Staffage bei Ehrenempfängen des Eisenbahnministers dient, wenn sie ihm bei ihren Festlichkeiten Huldigungstelegramme sendet, aber er wird sie sofort „schärfer ins Auge fassen", sobald sie wagen, die Interessen der Eisenbahner zu wahren. Traurig nur, daß sich das alles noch so viele preußische Eisenbahner bieten lassen.

„Ein Lob der christlichen, ein Tadel der sozialistischen Gewerkschaft." Unter dieser Überschrift teilt die „Kölnische Volkszeitung" (in Nr. 707) und mit ihr viele andere Zentrumsblätter mit, das Gautarifamt für das Malergewerbe in Rheinland-Westfalen habe entschieden: „Die von dem sozialistischen Gehilfenverbande in Bochum verhängte Sperre ist ein grober Tarifverstoß. Die Arbeit ist sofort wieder aufzunehmen. Die von den Meistern als Gegenmaßregel verhängte Aussperrung ist ebenso tarifwidrig und sofort zurückzuziehen. Die Nachzahlung des Ausgleichspfennigs ist bis spätestens 15. September zu bewirken. Zu Protokoll wurde erklärt, daß der Zentralverband christlicher Maler, der die Mitwirkung an der Sperre als tarifwidrig abgelehnt, vollständig im Sinne des Tarifvertrages gehandelt habe." Dieser in die Welt hinausposaunte Tadel der freien Gewerkschaft sieht nach dem offiziellen Protokoll so aus: „Ein solches Vorgehen des freien Verbandes bedeutet einen Verstoß gegen den Sinn des Tarifvertrages, wenn ihm auch der gute Glaube bei seinem Vorgehen nicht bestritten werden soll." Von einem „groben Tarifverstoß" ist in dem ganzen Protokoll nichts zu finden, aber bezeichnend für diese „objektive" Berichterstattung ist es, daß der Verstoß der Arbeitgeber, der darin bestand, daß der gemäß Entscheidung des Gautarifamtes zu zahlende und ab 1. Januar 1911 nachzuzahlende Ausgleichspfennig nicht gewährt und die Aussperrung aller frei organisierten Gehilfen beschlossen wurde, daß eine schwarze Liste herausgegeben wurde und der Tarif einseitig mit der freien Organisation außer Kraft gesetzt wurde, nicht getadelt wird. Auf das Lob — „Das neutrale Verhalten des christlichen Verbandes entsprach dem Sinne des Tarifvertrages" — braucht der christliche Verband nicht stolz zu sein, wenn die Vorgeschichte gewürdigt wird. Der christliche Verband hat nur deshalb die Sperre nicht unterstützt, weil der freie Verband ohne dessen Zustimmung die Sperre verhängte. Daß die Christen auch anders können, zeigt der jetzt sechs Wochen dauernde Kampf in Düren, wo ebenfalls um die Durchführung der Gautarifamtsentscheidung, Zahlung resp. Nachzahlung des Ausgleichspfennigs gekämpft wird. — Streikbrecher will der christliche Verband nicht geliefert haben. Das Protokoll sagt aber nur, daß nach dem Aussperrungsbeschluß keine Gesellen geliefert sind, also müssen bei der Sperre doch Streikbrecher geliefert sein. Auch gab während der Verhandlung der Zentralvorsitzende des christlichen Verbandes zu, Arbeitslose in den ausgesperrten Betrieben untergebracht zu haben, weil für sie kein Kampf bestand. Es steht also fest, daß der christliche Verband den freien Verband an der Erkämpfung des Ausgleichspfennigs hinderte und zum Teil Streikbrecher lieferte und die Arbeitgeber dadurch unterstützte. Unterstützt wurde die Nichtbeachtung der Tarifinstanzenbeschlüsse dadurch, daß das christliche Vereinsorgan „Der Deutsche Maler" am 12. August schrieb: „Wie uns vor Schluß der Redaktion gemeldet wird, ist der größte Teil der Arbeitgeber inzwischen den Verpflichtungen nachgekommen." Dagegen wurde am 16. August in der Sitzung des Gautarifamts festgestellt, daß kein einziger Arbeitgeber seinen Verpflichtungen nachgekommen war, weshalb beschlossen werden mußte, daß spätestens am 15. September die Nachzahlung erfolgt sein muß. Nicht verschwiegen soll werden, daß sich das Gautarifamt aus fünf Arbeitgebern und fünf Arbeitnehmern, wovon einer christlich ist, zusammensetzt und der christliche Vertreter stets mit den Arbeitgebern stimmte.

Schwarze Listen bedeuten einen Verstoß gegen den Tarifvertrag im Baugewerbe. Gelegentlich eines mehrtägigen Streiks der Zimmerer in Weißenborn und Erbisdorf im Juni d. Js. hatte der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe im benachbarten Freiberg i. S. seinen Mitgliedern durch schwarze Liste die Namen der Streikenden zur Kenntnis gebracht. Er wollte dadurch offenbar den bestreikten Unternehmern zu Hilfe kommen. Diese Maßnahme widersprach jedoch nach Auffassung der Zimmerer dem für das Baugewerbe zu Freiberg geltenden Tarifvertrag. Auf erfolgte Beschwerde hin hatte sich die örtliche Schlichtungskommission und in weiterer Folge die zweite Instanz, die aus denselben Personen besteht, nur daß als Unparteiischer der Vorsitzende des Gewerbegerichts zugezogen wird, zu befassen. Sie fällte nachstehende Entscheidung: „Die zweite Instanz ist der Meinung, daß die Verteilung schwarzer Listen im Vertragsgebiet Freiberg durch den Arbeitgeberverband nicht im Einklang steht mit den Bestimmungen des für das Vertragsgebiet abgeschlossenen Tarifvertrages vom 30. November 1910. Die Tatsache der Verteilung schwarzer Listen ist von den Arbeitgebern zugestanden worden, dagegen hat der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes bestritten, daß damit ein Druck auf die freie Entschließung des einzelnen Arbeitgebers ausgeübt oder der letztere gar in Strafe genommen würde, wenn er die ihm durch die schwarzen Listen gewordenen Mitteilungen nicht respektiert. Der Vorsitzende hat die Listen vielmehr als ganz unverbindlich bezeichnet. Dieser Auffassung konnte sich die Schlichtungskommission nicht anschließen. Ganz abgesehen davon, daß die schwarzen Listen, wenn sie nur unverbindliche Mitteilungen darstellten, vollkommen überflüssig und zwecklos wären, hat die Kommission namentlich aus der Erklärung eines der Arbeitgeber, „er habe zwei Leute aus dem Streikgebiete Weißenborn nicht bei sich eingestellt, weil er sich zu deren Abweisung verpflichtet gehalten habe", sowie aus der Tatsache, daß die Arbeitgeber es abgelehnt haben, durch Vorlegung des lokalen Verbandsstatuts darzutun, daß auf die Nichtrespektierung der Listen keinerlei Strafe gesetzt ist, die Ueberzeugung gewonnen, daß die Ausgabe der schwarzen Listen durch den Arbeitgeberverband Freiberg tatsächlich auf den einzelnen Arbeitgeber einen Zwang ausübt und ausüben soll. Damit ist aber ein Verstoß gegen den § 10, Abs. 2, des Tarifvertrages gegeben, welcher bestimmt, daß die Einstellung und Entlassung von Arbeitern dem freien Ermessen des einzelnen Arbeitgebers überlassen sein soll. Hierdurch ist aber auch die Vorschrift im § 9 des Tarifvertrages verletzt, nach der die vertragschließenden Parteien sich verpflichtet haben, ihren Einfluß zur Durchführung und Aufrechterhaltung des Vertrages einzusetzen und Verstöße gegen den letzteren zu bekämpfen. Die aus Sympathie mit den nicht im Vertragsgebiete wohnhaften Berufskollegen herausgegebenen schwarzen Listen bedeuten eine Kampfmaßnahme, die in gleicher Weise für unzulässig erachtet werden muß, wie in den protokollarischen Erklärungen zu §§ 8 und 9 des Tarifvertrages Warnung vor Zuzug als Kampfmaßnahme und Sympathiekämpfe verboten sind. Hiernach war, wie geschehen, zu entscheiden".

Aus dem Gerichtssaal.

Kein Landfriedensbruch, nur grober Unfug. Als gemeinsamer Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung, Landfriedensbruch sind häufig Handlungen von Arbeitern konstruiert, die allenfalls als „grober Unfug" anzusehen waren, und wenn hin und wieder das Gericht nur „groben Unfug" für vorliegend erachtete, wurde in der Regel auf Haftstrafen erkannt. Heute können wir über eine Anklage und ein Urteil berichten, das eine auffallend verständige Milde im Gegensatz zu der erwähnten Praxis zeigt. Freilich waren nicht Arbeiter, sondern ein Reichsgraf und seine Freunde angeklagt. Das Mitglied des deutschen Höchstadels war Forstbeflissener in Hannoversch-Münden. Seine dereinstigen Töchter und seine Schwestern dürfen von Prinzen souveräner Häuser zu rechter Hand geheiratet werden, seine Neffen oder Enkel können also in Deutschland regierende Fürsten werden. Der Reichsgraf Boyneburg in Münden kam mit noch vier anderen Kommilitonen auf die Idee, am 14. Juni morgens gegen 4 Uhr in zwei Mündener Wirtschaften einen Tisch, eine Stallaterne und Biergläser auf einen Wagen zu laden und damit nach dem Vorort Blume hinauszufahren. Dort wurde vor einer Wirtschaft Halt gemacht, zum Fenster hineingestiegen, Bier herausgeholt und nun ein Höllenlärm veranstaltet, auf den Tisch mit Stöcken geschlagen, die Biergläser und, als es Tag wurde, auch die Laterne auf dem Tische zerschlagen. Das ganze Dorf wurde aus dem Schlafe geschreckt und lief zusammen. Am anderen Nachmittage suchte der Gendarmeriewachtmeister den Reichsgrafen auf. Der beschwerte sich sofort bei ihm über die Bummelei der Blumer Polizei, daß sie ihm und den anderen Forstbeflissenen noch keine Strafmandate geschickt habe. Se. Hochgeboren sagte, sie hätten sich großartig amüsiert und würden demnächst den Ulk wiederholen, um den Blumer Dorfpolizisten zu ärgern. Der Reichsgraf nannte auch seine Kumpanen und berichtigte sogar die ihm vorgelegte Liste der aufgeschriebenen Personen. Trotzdem wurde gegen die ergangenen Strafbefehle über je 6 Mark Einspruch erhoben, sie wurden jedoch vom Mündener Schöffengericht bestätigt. Einer der Teilnehmer, Freiherr von Romberg auf Schloß Wewer bei Paderborn, legte sogar Berufung ein. Er will keinen Radau gemacht haben, aber schon das Schöffengericht verurteilte ihn wegen Teilnahme. Die Göttinger Ferienstrafkammer als Berufungsgericht lehnte die Entlassungszeugen des Freiherrn ab, weil es den seinerzeitigen Angaben des Reichsgrafen mehr Glauben schenkte und verzichtete sogar auf dessen Ladung und verwarf die freiherrliche Berufung.

Aus Nah und Fern.

Erwischt. Der vor zwei Wochen nach Unterschlagung von Aktien im Werte von zwanzigtausend Mark flüchtig gewordene Bankbeamte Taubert von der Dresdener Bank in Berlin konnte durch den Berliner Kriminalkommissar Schlosser in London verhaftet werden. Der ungetreue Beamte wollte nach Amerika entfliehen und hatte für sich und seine Geliebte, die ihn auf der Flucht begleitete schon Schiffskarten nach Neuyork gelöst.

Den Vater erschossen. In Trier wurde der kürzlich wegen Durchstecherei aus dem städtischen Dienst entlassene Straßenaufseher Cravatzo in der Nacht zum Sonntag, als er seine Frau mißhandeln wollte, von seinem Stiefsohn, dem Bautechniker Hahn, erschossen.

Eine neue Feuersbrunst in Duderstadt (Eichsfeld). Nachdem das Großfeuer vom 13. August den ganzen westlichen Stadtteil, 46 Häuser und 87 andere Gebäude, eingeäschert hat, steht jetzt am Odertor in der Nähe der katholischen Kirche ein ganzer Stadtteil in Flammen. Bis gestern abend 6 Uhr waren 12 Häuser niedergebrannt. Infolge der Dürre und des Wassermangels greift der Brand weiter um sich.

Feuersbrünste. Am Sonntag äscherte im Dorfe Wittgendorf bei Rudolstadt ein Schadenfeuer neun Wohnhäuser und sieben Nebengebäude ein. Ein beim Ablöschen tätiger Knecht wurde heute als verkohlte Leiche geborgen. Ein Ehepaar erlitt schwere Brandwunden. Viel Geflügel und Großvieh ist verbrannt. Das Feuer soll durch Kinderspiel mit Streichhölzern entstanden sein. — Aus Landsberg a. d. Warthe wird unterm 4. September gemeldet: Mittags war der Waldbrand in Königswalde und Reitzenstein noch immer ungelöscht; vernichtet sind 8000 Morgen. Zwei Försterei en, eine Mühle und andere Gebäude sind verbrannt. Militär ist anwesend. Der bisherige Schaden wird auf etwa drei Millionen Mark geschätzt. — Ein gewaltiger Brand äscherte Sonntag nachmittag zwischen Heidenau und Radenickel ca. 1000 Morgen Wald ein.

•Amtsdeutsch. Bei den Eisenbahnverwaltungen bestehen im inneren Verkehr gewisse Abkürzungen für dienstliche Bezeichnungen. Dagegen ist nichts einzuwenden, nur darf die Sache nicht in offenbaren Unsinn ausarten, es dürfen nicht Abkürzungen angewendet werden, deren Entzifferung ein förmliches Studium voraussetzt. Das Amtsblatt der badischen Staatsbahnen veröffentlicht z. B. folgende, im dienstlichen Verkehr anzuwendende Abkürzungen: „Arbpk. — Arbeiterpensionskasse. — Aufrverz. Anrechnungsverzeichnis. Barzt. Bahnarzt. — Bass. Betriebsassistent. — Bauauff. Bauaufseher. — Bauff. Betriebsaufseher. — Bauktr. Baukontrolleur. — Belbch. Belastungsbuch. — Belverz. Belastungsverzeichnis. — Bestgsp. Bahnsteigsperre. — Earch. Eisenbahnarchitekt. — Elmech. Elektromechaniker. — Fbd. Fahrdienstbureau. — Fdl. Fahrdienstleiter. — Fgz. Ferngüterzug. — Fhg. Friedrich-Hilda-Genesungsheim. — Fplb. Fahrplanbuch. — Fpldb. Fahrplanbild. — Fspverz. Verzeichnis bahndienstlicher Fernsprechstellen. — Fztverz. Fahrzeitenverzeichnis. — Kndm. Kundmachung. — Kmzg. Kilometerzeiger. — Lokverz. Verzeichnis der Lokomotiven und Tender. — Sschkap. Schiffskapitän. — Sschkass. Schiffskassier. — Schlppschf. Schleppschiffführer. — Stat. Station, Stationsamt, Stataufs. Stationsaufseher. — Statk. Stationskasse. — Statko. Stationskassenordnung. — Statkr Stationskassenrechner. — Statkir Stationskontrolleur. — Statm Stationsmeister. — Statut Bkrk Statut der Betriebskrankenkassen der Badischen Staatseisenbahnen. — Statv Stationsverwalter. — Statvst Stationsvorsteher. — Statw Stationswart. — Tbwm Tiefbauwerkmeister. — u und — u a und andere, unter anderem. — Uebhlgsbef Ueberholungsbefehl. — Vschr Vorschußrechnung. — Vst Vorstand, Vorsteher. — vsl voraussichtlich. — Wchwt Weichenwärter. — Wsbr Westinghouse-Bremse. — Zstg. Mil. Mob. Best Zusammenstellung der Bestimmungen über die militärischen Verhältnisse der bei den deutschen (ausgenommen bayrischen) Eisenbahnen angestellten dienstpflichtigen Beamten und Arbeiter und ihre Heranziehung zu Eisenbahnformationen im Mobilmachungsfalle." — Wie nett mögen sich erst die Schriftstücke lesen, die in diesem Amtsdeutsch abgefaßt sind.

Ein blutiges Liebesdrama. Der Sohn des Sägewerkbesitzers Julius Neumann in Leskau erschoß seine Geliebte Steffi Stamen und verletzte sich dann selbst durch einen Schuß lebensgefährlich.

Sechs Personen durch Blitzschlag getötet. Während eines Gewitters, das über der rumänischen Ortschaft Radowitsch niederging, wurde durch einen Blitzschlag die ganze aus sechs Personen bestehende Familie eines Gutsbesitzers getötet.

Ein würdiger Gottesstreiter. Der Pfarrer Christian Glassauer von Unterleimleiter bei Ebermannstadt in Oberfranken in Bayern verschwand vor einigen Monaten heimlich aus seiner Pfarrei. Niemand wußte, was den Pfarrer zu der auffälligen Flucht veranlaßt hatte, auch das Ziel der Flucht war nicht bekannt. Jetzt erfährt man, daß Glassauer vor der Verfolgung der Staatsanwaltschaft sein Heil in Amerika gesucht hat. Durch einen Brief eines jungen Mädchens an seine Eltern, der aber an die falsche Adresse geraten war, hatte die Staatsanwaltschaft Kenntnis davon erhalten, daß der jetzt 50 Jahre alte Pfarrer mit dem Mädchen, das damals noch nicht 14 Jahre alt war, ein Kind der Liebe gezeugt hatte. Mit 4000 Mk. fand der Pfarrer damals das Mädchen und seine pfarrherrliche Ehre ab. Aber es ist nichts so fein gesponnen . . .

Nur nicht zu spät schießen! über das fast unglaubliche Niederknallen eines Geisteskranken wird der „Frankf. Ztg." aus Niedergemünden (Oberhessen) folgendes berichtet: Gestern wollten zwei Gendarmen den geistesschwachen Landwirt Stroh von Niedergemünden wegen einer geringfügigen Körperverletzung, die er begangen, festnehmen. Stroh war mit Viehhüten beschäftigt, als er die Gendarmen auf sich zukommen sah. Er drohte zunächst mit einem Stocke, wandte sich dann aber zur Flucht, verfolgt von den beiden Beamten. Gendarm Rumpf von Hornbach an der Ohm gab aus unmittelbarer Nähe drei Schüsse auf den Flüchtling ab. Schwer verletzt watete Stroh, bis an den Hals im Wasser, durch die Fulda. Er flüchtete in seine Behausung, kam aber bald wieder ins Freie und wurde in die Gießener Klinik gebracht. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. Den Jagowschen Schießerlaß hat sich der hessische Gendarm, wenn die Darstellung der „Frankf. Ztg." richtig ist, trefflich einstudiert. Hoffentlich führt die von der Staatsanwaltschaft anzustellende Untersuchung zu einem Strafverfahren gegen den schuldigen Beamten.

Mysteriöse Erkrankungsfälle in einer Kaserne. Das „Neue Tagblatt" meldet: In der Moltkekaserne des Infanterieregiments 125 in Stuttgart sind 150 Mann an einem Darmleiden erkrankt. Die Ursache ist noch nicht aufgeklärt. Bis jetzt ist niemand in Lebensgefahr. Alle Vorsichtsmaßregeln sind getroffen.

Massenvergiftung durch Wein. Nach dem Genuß von kaltgestelltem Wein erkrankten, wie aus Kairo gemeldet wird, die Mitglieder einer Jesuitengesellschaft in Minnieh. Der Abt und ein Laienbruder sind gestorben, die anderen mußten nach dem Krankenhaus gebracht werden. Man glaubt, daß es sich um einen verbrecherischen Anschlag handelt.

Familiendrama. In der Stockholmer Vorstadt Hagalund tötete ein verwitweter Arbeiter seine vier Kinder im Alter von zwei bis neun Jahren mit einem Rasiermesser und beging darauf Selbstmord.

Raubanfall. In Ruczow überfielen 10 elegant gekleidete Banditen mit Gewehrfeuer die Bewohner des Guts- und Verwaltungsgebäudes des Warschauer Großindustriellen Mokiejewski, gerade als der Kassierer den Lohn auszahlen wollte. Kassierer und Arbeiter wehrten sich mit Revolvern. Ein Beamter wurde getötet und mehrere Arbeiter schwer verwundet. Von den Banditen blieb einer tot, die anderen raubten die Kasse aus und verschwanden.

Hunderte von Menschen ertrunken. Der Schaden, den das Unwetter im Osten, Westen und Süden der Provinz Schantung angerichtet hat, ist beispiellos. Hunderte von Menschen sind ertrunken. Die Ernte ist auf Hunderte von Quadratkilometern hin vernichtet, in der Hauptsache Bohnen und Baumwolle. In Tsingtau sind Sammlungen eingeleitet; auch aus Deutschland wird Hilfe erhofft.

Gerächt. Aus St. Petersburg wird gemeldet: Der Polizeichef des Zuchthauses Wyssotoki, der im vorigen Jahr über den Mörder des Ministers v. Plehwe, Salonow, eine Prügelstrafe verhängte, an deren Folgen dieser verstarb, wurde gestern durch einen als Ingenieur sich ausgebenden Mann erschossen.

Großfeuer in Glasgow. Aus Glasgow wird gemeldet: Ein Riesenbrand zerstörte das Engrosgeschäft eines Konsumvereins auf den Grundstücken in der Morrionstraße. Der Schaden beträgt mehr als 2 Millionen Mk. Eine zweite Feuersbrunst brach im Bezirk Trongate aus und vernichtete einen großen Komplex mit Spezereiwaren-, Schuh- und Schreibwarengeschäften. Ferner fielen eine Rollschuhbahn und ein Restaurant dem Brande zum Opfer. Vier Feuerwehrleute mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

Aus einer kleinen Stadt. Ein Schalk teilt der „Frankfurter Zeitung" folgende Proben aus einem Kleinstadtlexikon mit:

Wie man es

im Kreisblättchen liest	zu Hause nennt
stimmungsvolles Festessen	offizieller Schlangenfraß
allbeliebte Sommerfrische	teure Wanzenbetten
liebenswürdige Frau Prinzessin	gefürchtete Schreckschraube
allgemeine Vertrauensperson	widerlicher Topfgucker
stets bereite Feuerwehr	das schlafende Heer
stadtbekannter Bezirkskommandeur	der Naphthalin-Chinese
ehrwürdiger Musentempel	baufällige Menschenfalle
befähigter Kreisbaumeister	lächerlicher Mörtelädil
scharfsinniger Jurist	knorziger Ortskadi
unser treubesorgtes Stadtoberhaupt	der Siebenschläfer
der Stolz der Stadt, Restaurant N. N.	das Margarinebeisel
das wachsame Auge des Gesetzes	siehe Feuerwehr
weise Stadtväter	die versammelten Konfusionsräte
der menschenfreundliche Sanitätsrat	unverschämter Rechnungsschreiber
Spitzen der Behörden	die Oberzittergreise
unsere liebe Pensionopolis	das infame Klatschnest.

Standesamtliche Nachrichten

vom 27. August bis 2. September 1911.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

17. August. Maurer W. A. Oldörp. 18. Arbeiter F. Schoenfeld. 23. Arbeiter J. A. Holtz. 24. Tischler R. H. F. Albrecht. Schlachter J. Th. A. Lucks. Segelmacher F. H. Chr. Plehn. Kaufmann H. C. Chr. Luckmann. 25. Zigarrenfabrikant H. J. H. F. Brandt. Hilfsbahnmeister H. F. Eggert. 26. Kutscher J. H. H. B. Planthaber. Straßenbahnschaffner A. H. Wehde. Maler P. J. H. W. Langschwager. Schiffsoffizier H. J. G. C. Jäger. 27. Arbeiter H. P. Jacobs. Arbeiter J. H. Chr. Pöhls. Seemaschinist W. J. H. Evers. Maler H. J. C. Belitz. 28. Kaufmann H. J. G. Röper. Kaufmann J. Chr. G. Boye. 29. Schlosser W. C. F. Bunge. Bureaugehilfe L. H. W. Suesse. Stellmacher H. F. J. Th. Witt. 30. Kartonagenzuschneider K. G. Ruder. Arbeiter W. H. Chr. K. Felten. 31. Vorarbeiter F. Nürnberg. Arbeiter H. J. J. K. Larsson.

1. September. Arbeiter A. F. J. Rauch. Seemaschinist K. G. G. Ebenhusen.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

22. Diplom-Ingenieur H. G. Th. Schetelig. 23. Viehhändler M. J. Beth. Maschinenschlosser Chr. F. E. Schröder. 24. Gärtner W. H. J. Haase. Maurer C. H. E. J. Reinbender. Gartenarbeiter G. C. J. Johannsen, Krempelsdorf. Arbeiter P. O. Lipke. 26. Brenner G. Braun. Maurer E. C. J. Denker. Maurer C. A. H. Eggers. 26. Anstreicher J. F. H. Pilz. Arbeiter F. A. B. School. Hofpächter E. F. W. Christern (Mönkhof). 27. Bankdirektor Ph. P. H. G. Martens. Schuhmachermeister J. H. F. Benthien. Kutscher W. H. P. Feddern. Schlachter A. W. H. Heinatz. Schuhmacher R. P. Lippold. Eisenbahn-Wagenschieber J. F. Chr. Burmann. 28. Tapezier und Dekorateur W. A. O. Haase. Schuhmacher J. H. F. Meyer. 29. Kaufmann J. J. H. F. W. Hecht. Arbeiter J. F. J. Meier. Lokomotivführer W. F. H. L. Gellien. Schlosser W. C. F. Bunge. 30. Güterboden-Vorarbeiter J. P. H. F. Dunker. Schlosser F. H. A. Nitsche. Chauffeur H. F. W. Greve. 31. Rechnungsführer J. C. W. Blöss. Arbeiter H. J. J. K. Larsson.

Angeordnete Aufgebote.

28. August. Bahnarbeiter O. H. F. Wegner und J. C. D. Rüsch in Kogel. Friseur H. C. Broders und A. W. K. Gutow in Dassow. Zimmermann H. W. C. Karck in Garlach und E. A. Erikson. Handlungsgehilfe J. C. L. Subbert in Schlutup und M. A. H. Ridder. Posamentier F. R. O. Claus und F. Juditzki. Oberarzt im städtischen Krankenhause Dr. med. E. F. A. Wolff in Frankfurt a. M. und A. C. Blunk. Kaiserl. Marine-Intendantur-Sekretär W. Thurmann in Wilhelmshaven und M. L. E. Hempel. Steuermann Chr. E. H. Flügel und A. B. C. Steuer in Varel. Prakt. Arzt Dr. Marum gen. Ascher in Nordrach und P. Adler. 29. Maurer F. M. H. J. Arndt und L. Chr. K. Hopp in Rottensdorf. Seemaschinist W. D. H. Dade und J. W. F. Lützow in Rostock. Bauführer O. M. Weigert in Wunstorf und S. M. G. Renzow. Oberzimmermannsmaat O. J. W. Bars in Kiel und F. J. M. Chr. Trost. 30. Büffetier H. A. Chr. Tolkmitt in Eutin und E. J. H. A. Drews in Dahms. Oberschweizer F. W. Schäfer in Haidschloß und M. Chr. Fiehn in Eutin. Buchhalter A. J. H. Jugelfang in Dömitz und A. E. Stamp. Arbeiter F. F. H. Neubert und M. B. E. Sarstädt. Arbeiter C. H. Th. Gloor und C. H. L. M. Rogge. Diplom-Ingenieur H. J. G. Främbs in Neumied-Rasselstein und A. A. E. M. Bondies. 31. Arbeiter W. E. G. Böttcher und die geschied. E. L. C. Cramm geb. Grage in Moisling. Chauffeur H. K. H. Landahl und B. Ch. H. W. Faasel, beide in Neu-Wohltorf. Musiker H. F. W. Hill in Gr.-Bülten und S. H. W. Thode. Kaufmann H. J. Chr. Duncker in Selmsdorf und C. A. J. W. Begier. Monteur A. W. Almus in Hamburg und M. H. J. O. Dorendorf.

1. September. Kaufmann W. O. Chr. Spalckhaver und L. A. Meyer in Ricklingen. Malergeselle L. K. H. Knoop und M. K. Reese in Groß-Harrie. Militär-Intendantur-Diätar G. A. Primus in Straßburg i. E. und E. A. Lewin. Friseur W. Braune und A. S. Prüss. Arbeiter A. W. D. L. Lehmkuhl und M. B. E. Fock. Oberleutnant M. Th. C. F. W. Goesch und E. M. Dzondi. 2. Kutscher W. Chr. K. Görs und A. S. E. Klüver. Schmiedegeselle O. P. J. Schröder und H. D. A. L. Plambeck, beide in Hamburg. Kaufmann H. H. W. Warsany und M. M. C. Burs in Kappel. Maschinenfabrikbesitzer und Ingenieur R. M. Römer in Brüel und Witwe P. J. M. Warnke geborene Fenner.

Eheschließungen.

30. August. Kaufmann P. H. H. Uter in Harburg und M. W. E. Petersen. Maler H. J. Chr. J. Bohnsack und A. S. D. Busch.

1. September. Zimmermann G. F. Baisch und M. M. C. F. Winkelmann. Kaufmann W. G. Schröder und E. W. C. L. Rittscher. Schmiedegeselle K. W. H. Suderow und B. L. M. Freitag, beide in Roggenstorff. 2. Kontorist H. F. H. Schulte in Hamburg und C. E. E. Schreiber.

Sterbefälle.

26. August. C. D. E. geb. Suhrbier, Witwe des Kofferträgers B. H. F. Wulff, 68 J. E. M. F. K. Böttcher, 6 T. (Ein totgeb. Knabe, V.: Kutscher E. Clausen. A. Ch. geb. Bruhn, Witwe des Arbeiters J. F. Scharffenberg, 92 J. 27. W. A. J. geb. Hofmann, Witwe des Malermeisters E. R. Goor, 77 J. K. F. Nehls, 11 T. L. S. J. geb. Höfener, Ehefrau des Arbeiters A. W. H. F. Scheefe, 62 J. A. C. M. geb. Derlin, Witwe des Trägers L. H. J. Schütt, 79 J. 28. Gastwirt C. H. G. Creutzfeldt, 51 J. H. E. B. Puttfarken, 2 J. H. P. Suhl, 8 M. Seemann L. W. H. Glasow, 53 J. Arbeiter H. A. W. Kließ, 63 J. P. S. E. Tack, 11 Tage. W. L. E. H. Kock, 8 Monate. (Vorwerk). W. M. E. Boldt, 3 M. 29. A. H. M. Eckstein, 1 M. M. P. F. Schulz, 3 M. E. B. H. Frode, 1 M. M. M. D. geb. Brügmann, verwitwete Junge, geschiedene Ehefrau des Wirts E. A. H. Stuhr, 75 J. Ch. H. M. H. Krawietz, 6 M. J. C. E. M. Halle, 8 J. 30. Ch. D. J. geb. Wulf, Witwe des Kupferschmieds H. J. W. Grube, 80 J. H. F. Andersen, 18 T. G. D. Lühr, 1 J. F. D. M. Arps, 6 J. (Siems). Knecht D. H. P. Stölting, 14 J. 31. W. A. K. Eckstein 1 M. W. P. K. Weidemann, 3 M.

1. September. P. M. S. geb. Pinnow, Ehefrau des Zollaufsehers W. C. Schmittendorf, 44 J. K. F. W. Fiedler, 2 J. H. E. F. Uteicher, 10 M. 2. A. E. W. Köhler, 26. T. M. L. Kurp, 6 M. K. F. W. W. Klasen, 5 M.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co
Sämtlich in Lübeck.

Beim Einkauf von **Margarine** verlange man ausdrücklich die erstklassigen Margarinemarken der Firma **A. L. Mohr** G. m. b. H., Altona—Bahrenfeld. Überall erhältlich!

Bezugsquellen-Verzeichnis

Erscheint dreimal wöchentlich

Den Lesern bei Einkäufen auf's beste empfohlen

Arb.- u. Berufs-Kl.
J. H. Pein, am Markt.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Richard Wagner, Reinfeld.
K. Quitzau, Schwartau, Markt 14.

Art. z. Krankenpfl.
F. W. Heyde, Königstr. 38.

Bäckereien
Paul Burmester Lübeck, Lg Lohbg. 49. Dampf-B. u. Kondit.
J. Eixmann, Fischergrube 47.
H. Jargstorf, Warendorpstr. 36.
R. Kasch Fleischhauerstr. 52. Fein-, Weiß- u. Grobbäckerei.
Wilh. Krahn, Fackenb. Allee 57 a.
Ad. Hinzelmann, Schlutup, Westloerstr. 23. Feines Schwarz- u. Weißbrot.
B. Plath, Schlutup, Lübeckerstr. 3.
W. Steinhoff, Travemünde.

Beerd. u. Sarg-Mag.
Central-Beerdigungsinstitut A. Brodersen, Aegidienstr. 7. Tel. 1090.
L. Herzberg, Paulstr. 15. Särge in allen Preislagen.
C. Thiessen & Sohn, Wahmstr. 72. Übern. ganzer Beerd. Eigene Leichen- u. Transportwagen.
L. Veiß, Lübeck, Schwart. Allee 193. Lager fertiger Särge.
L. Krüger, Rensefeld. Gr. Lager in Holz- und Metallsärgen.

Besohlanstalten
H. Faasch, Gr. Gröpelgrube 14.
„Hansa" J. Dettmann Beckergrube 51.
J. Lüllkent, Warendorpstr. 20. Fischhausen 7.

Betten, Bettfedern
Richard Wagner, Reinfeld.

Brauereien
Elbschloss, M. Hofmann, Hansastr. 75.
Kieler Schloßbräu H. A. Wulff Untertrave 95. Fernspr. 1274.
Trinkt Lübecker Vereinsbräu
F. Veiermüller Nachf., Schwartauer Allee No. 35. Braunbier in Gebinden u. Flaschen.
Franz Langloh Schlutuper ff. Braunbier.

Brennmaterialien
H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
L. Wullbrandt, Rosengarten 10.

Bürsten, Kämme
F. Wichmann, Hüxstr. 46.

Butter-, Käsehdlgn.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
H. Philipp, Fackenb. Allee 90. Tägl. feinste Tafelbutter.
W. Rocksien, Hüxstr. 23.
J. Semrau, Hüxstr.

Cacao, Chocol., Tee
Lina Schwarz, Lübeck, Hüxterd. 12.

Cigarrenhandlgn.
A. Burmester, Lübeck, Fackenb. Allee 48.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
D. Kiecke, Königstr. 64, Ecke Hüxstr.
Rob. Kließ, Engelsgrube 80.
Paul Markwardt, Seidlitzstr. 18. Cigarren, Tabake.
Jacob Meier, Warendorpstr. 19a.
Conrad Rothe, Fleischhauerstr. 15.
Paul Thiel, Stavenstr. 8.
Wilh. Bähak, Eutin, Lübeckerstr. 34.

Drogerien
W. Hohenschild, Marlist. 42c. T. 736.
Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.
Julius Vogt, Germania-Drogerie Hüxstr., Ecke Königstr.

Dampfwasch-, Plättanst.
Groß-Dampfwäscherei „Vorwerk", Wäsche-Verleih-Institut. T. 1623. Spezialität: Haus- u. Fein-Wäsche.
Hansa, W. Röper, Friedenstr. 60. Fernruf: 2274.
W. Krüger, Waschanstalt, Petzerstr. 1e.

Fahrräder, Nähmasch.
H. Benthien, Fackenbg. Allee 53.
Deutsches Nähmaschinen-Haus Gustav Roth, Frister & Roßmann - Nähmasch.
Franz Busse, Wahmstr. 42.
Rich. Israel, Alfstr. 31.
Heinr. Körner, Gr. Burgstr. 23. Lübecker Fahrräder.
St. Gertrud-Fahrradhaus Joh. Meier, Arnimst. 12a. Erstklass. Räder u. Nähmasch. billig.
Johs. Meyer, Königstr. 51.
Carl Petersen, Malente, Bahnhofst. 28.
H. Krohne, Schwartau, Lüb.-St. 71. Rep. Sämtl. Ersatzt.

Farben u. Lacke
J. Becker, Dornestr. 29.
W. Hohenschild, Marlistr. 42. F. 736.
Ferd. Kayser, Breitestr. 81.
Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.

Fleisch- u. Wurstw.
Hans Gerds, Elswigstr. 1a. ff. Aufschnitt.
Prima Fleisch- und Wurstwaren.
Chr. Gipp, Moislinger Allee 4.
Gothknecht, Gottlieb, Königstr. 104.
Carl Joost, Beckergrube 30. Wurstfabrik. T. 1450.
C. Klein, Pfaffenstr. 14.
W. Lemcke, An der Mauer 41a.
F. Mörck, Kupferschmiedestr. 6/8.
Wilh. Paloss, Burgstr. 46. Wurstfabrik mit elektr. Betr.
Jul. Schober, Gr. Burgstr. 55.
Gust. Zach, Kottwitzstr. 32.
L. Müller, Oldesloe, Brunnenstr. 2. Pa. Fleisch- u. Wurstwar.

Friseure, Parfüm.
Johs. Kühn, Ratzebg. Allee 42a.

Galant.-, Spielwar.
C. Bliesath Wwe. Sandstr. 9.

Handels-Lehranst.
Privat-Handels-Institut Herm. Lips, Dankwartsgrube.

Haus- u. Küchenger.
Joh. Baade, Lübeck, Fackenbg. Allee 34a.
Paul Reher, Tunkenhagen 5.
E. Winkelmann Nachf., Eutin.
Louis Rathmann, Schwartau.

Herren- u. Knab.-Gard.
Joh. Dittmer, Lübeck, Drögest. 12a.
Rudolph Karstadt, Eutin.

Hüte und Mützen
Adolph Dimpker, Lübeck, Wahmstr. 9.
Aug. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.

Kino-Salon
Biophon-Theater
Breitestr. 52. Vornehmstes am Platze. Vollendetste Vorführ. lebender, singender, sprechender Photogr.

Kolonial-, Fettwar.
Fedder J. Behm, Hansastr. 97.
Johs. Breede, Dankwartsgr. 37.
Reinh. Büsen, Arnimstr. 1a.
Heinr. Franck, Wahmstr. 67.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
Carl Hudoffsky, Marlistr. 44.
D. Lerch, Lg. Lohberg 37.
Ernst Lüth, Spillerstr. 5.
H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
J. Semrau, Hüxstr.
F. Volkstaedt, Ecke Fünfh. 33. Aufschnitt, Käse.
H. Lettow, Eutin, Weidestr. 4.
Louis Rathmann, Schwartau.
J. U. Kröger, Travemünde.

Kurz-, Weiss-, Wollw.
O. Sünnenwald, Lindenstr. 39.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.

Manufakturwaren
Johann Dittmer, Drögest. 12a.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
J. Zimmermann, Malente, Bahnhofst.
Hamb. Engros-Lager, Schwartau.
K. Quitzau, Schwartau, Marktstr. 14.

Möbelmagazine
Hintze & Stech, Möbel-Fabrik, Moisling. Allee 60. Detail-Verkauf in der Fabrik.
W. Pamperin Mühlenstr. 47, St. Annenstr. 20. Wohnungseinrichtgn. z. billigen Pr.

Molkereiprodukte
Hansa-Meierei ist die Amme Lübecks u. liefert an Ha von Milchprodukten aller Art

Meiereien
Meierei Rensefeld
Inh. Paul Rickert. Vorteilhafte Bezugsquelle für Milch und Butter.
Meierei Schwartau
Inhaber Philipp Eitel. Tel. 2144. Milch und ff. Molkereiprodukte.

Optik u. Mechanik
Carl Volger, Optisches Spezial-Geschäft, 56 Breitestr. 56.

Photogr. Ateliers
O. Goetze, Lübeck, Gr. Burgstr. 15.
Jul. Pingel, Johannisstr. 15.
Samson & Co., Breitestr. 39. Fernspr. 1057.

Billigste Bezugsquelle für Öfen, Herde, Gaskocher, Grudeöfen
Adolf Borgfeldt, Fernruf 672, Mühlenstr. 36 und 40.

Putz u. Modewaren
B. Döhrmann, Holstenstr. 18.

Empfehlensw. Restaur.
Wacknitz-Strand, Lübeck, Blankst. 33.

Schreibwaren
Aug. Burmester, Lübeck, Fackenbg. Allee 48.
M. Maxein Wwe., Moislg. Allee 40a.
Elsa Paulsen, Mühlenbrücke 2a. Spez.: Briefmarken.

Schuhwaren
Rud. Möller, Hartengr. 38. Reparat.
Aug. Rostock, Fünfhausen 5.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
Richard Wagner, Reinfeld.

Seifen, Toilette-Art.
Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 8.

Stahl-, Eisenwaren
Franz Genzmer, Fackenbg. All. 10b. Fernruf 1031.
F. Wichmann, Hüxstr. 46. Solinger Stahlwaren.

Tapeten, Linoleum
Carl Beulcke, Lübeck, Königstr. 48b. Tapeten-Reste.
Fritz Rehm, Beckergrube 20.

Trikot., Strumpfw.
E. Ehlert, Lübeck, Breitestr. 15.

Uhren-Repar.-Werkst.
Amerikanische, Hüxstr. 71
Fast jede Reparatur nur 1 Mk. 2 Jahre schriftliche Garantie.

Uhren, Goldwaren
August Büttner Uhrmacher Hüxstr. 32.
Willi Westfehling, Holstenstr. 32.
H. Nevermann, Schwartau.

Weine, Spirituosen
Fr. Geist, Lübeck, Hüxterd. 8. T. 1935.
Friedr. Otte, Fischergrube 43, empfiehlt Prima Weine und Spirituosen.

Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!